Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12759**

18. Wahlperiode 15.06.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Fünfter Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Einleitung		4
A.	**Deutsches Personal in internationalen Organisationen**	6
1.	**Deutscher Personalanteil in den Institutionen der Europäischen Union (EU)**	6
1.1.	Europäische Kommission	6
1.2.	Verwaltung des Europäischen Parlaments und Generalsekretariat des Rates	7
1.3.	Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)	7
2.	**Deutscher Personalanteil im System der Vereinten Nationen**	7
2.1.	Sekretariat der Vereinten Nationen (VN)	8
2.2.	Ausgewählte humanitäre VN-Organisationen	9
3.	**Deutscher ziviler Personalanteil in multilateralen Friedenseinsätzen**	10
3.1.	Friedenseinsätze der Vereinten Nationen	10
3.2.	Einsätze der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	11
3.3.	Missionen der Europäischen Union	11

Zugeleitet mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 14. Juni 2017 gemäß Beschluss vom 21. Februar 2008 (Bundestagsdrucksache 16/7938).

Seite

4. Deutscher Personalanteil in der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) ... 12

5. Deutscher Personalanteil in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ... 13

6. Deutscher Personalanteil im Europarat ... 14

7. Deutscher Personalanteil in den multilateralen Wirtschafts- und Finanzorganisationen ... 14

7.1. Europäische Finanzorganisationen ... 14

7.2. Internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen ... 15

8. Deutscher Personalanteil in internationalen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen ... 18

8.1. Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) ... 18

8.2. Europäische Weltraumorganisation (ESA) ... 18

8.3. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) ... 18

8.4. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ... 19

8.5. Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO) ... 19

8.6. Institut Laue-Langevin (ILL) ... 19

8.7. Europäische Synchrotron-Strahlungsanlage (ESRF) ... 19

8.8. Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL) ... 19

B. Spezifische Bemühungen zur Erhöhung des Personalanteils in ausgewählten internationalen Organisationen ... 20

1. Systematischer Aufbau von VN-Expertise im Auswärtigen Amt ... 20

2. Erhöhung des Personalanteils in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ... 20

3. Entsendung von Polizistinnen und Polizisten in internationale Einsätze – Anpassung an veränderte Anforderungen ... 21

4. Strategische Vorbereitung von Angehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung (und des zugehörigen Geschäftsbereichs) auf internationale Verwendungen ... 21

5. Entsendung von Justizbeamtinnen und -beamten zu internationalen Organisationen und in internationale Friedenseinsätze – Maßnahmen zur Erhöhung des deutschen Personalanteils ... 22

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Seite

6. Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) – Personalerfolge beim Aufbau einer internationalen Organisation ... 22

7. Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) – Personalwerbung unter schwierigen Rahmenbedingungen ... 23

C. Förderung deutscher Bewerberinnen und Bewerber für internationale Organisationen und europäische Institutionen ... 23

1. Umfassendes Informationsangebot und gezielte Bewerbervorbereitung ... 23

2. Die Förderprogramme der Bundesregierung für den Nachwuchs bei internationalen Organisationen und europäischen Institutionen ... 25

2.1. Junior Professional Officer-Programm (JPO-Programm) ... 25

2.2. Carlo-Schmid-Programm (CSP) ... 25

2.3. Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ... 26

2.4. Ausgewählte weitere deutsche Nachwuchsförderprogramme ... 26

D. Netzwerkinstrumente der internationalen Personalpolitik ... 27

1. Konferenz für deutsche Beschäftigte internationaler Organisationen und europäischer Institutionen ... 27

2. Treffen hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen ... 27

3. Weitere Netzwerkinstrumente ... 27

Entsendung von Beschäftigten in Bundes- und Landesbehörden in internationale Organisationen ... 29

Übersicht über hochrangige Deutsche in ausgewählten internationalen Organisationen und europäischen Institutionen ... 31

Abkürzungsverzeichnis ... 35

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Einleitung

Dieser fünfte Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen geht auf die vom Deutschen Bundestag am 21. Februar 2008 angenommene Entschließung „Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken“[1] zurück. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, alle zwei Jahre einen „Bericht vorzulegen, in dem unter Berücksichtigung der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen über die aktuellen Entwicklungen beim deutschen Personal in internationalen Organisationen […] berichtet wird“. Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum der Jahre 2015 und 2016. Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich statistische Angaben auf die Situation zum Stichtag 31. Dezember 2016.

Die Bundesregierung ist überzeugt davon, dass eine quantitativ und qualitativ angemessene deutsche Präsenz in den internationalen Organisationen (IOs) ein wichtiges Element für die Wahrnehmung unserer Interessen im internationalen Rahmen und für die Mitgestaltung globaler Fragen ist. Durch deutsches Personal in internationalen Organisationen gewinnt Deutschland wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Zugleich bringen die deutschen Beschäftigten bestimmte Kompetenzen, Arbeitsweisen, Perspektiven und Wertvorstellungen in die Arbeit der internationalen Organisationen ein. Die möglichst systematische Vernetzung mit den deutschen Beschäftigten in internationalen Organisationen kann zur erfolgreichen Umsetzung politischer Inhalte im internationalen Kontext sowie zur Durchsetzung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen Deutschlands maßgeblich beitragen. Unverändert ist es daher das ausdrückliche Ziel der Bundesregierung, den deutschen Personalanteil in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen zu erhöhen.

Zur Einschätzung der personellen Präsenz wird in der öffentlichen Debatte häufig der deutsche Anteil am Budget einer internationalen Organisation als Vergleichsmaßstab herangezogen. Auch in diesem Bericht wird der deutsche Finanzierungsanteil zur Orientierung an einigen Stellen angegeben, weil er eine Einschätzung des politischen und finanziellen Engagements der Bundesregierung für diese Organisation erlaubt. Ziel der internationalen Personalpolitik ist es jedoch nicht, flächendeckend eine dem deutschen Finanzierungsanteil eins zu eins entsprechende Personalpräsenz zu erreichen. Statt einer schematischen Herangehensweise wird eine detaillierte qualitative Betrachtung der jeweiligen Situation vorgenommen. Eine rein am Budgetanteil ansetzende Betrachtung würde auch den berechtigten Vertretungsinteressen zahlreicher kleinerer und ärmerer Länder nicht gerecht, deren aktive Teilnahme in internationalen Organisationen ebenfalls im außenpolitischen Interesse Deutschlands liegt. Die Bundesregierung behält das Verhältnis zwischen finanziellem Engagement und personeller Präsenz aber aufmerksam im Blick.

Institutionell wurde das Thema in der Bundesregierung in den vergangenen knapp zwanzig Jahren fest verankert. Seit 1999 tagt regelmäßig unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts eine Staatssekretärsrunde, die Fragen der internationalen Personalpolitik und deutsche Bewerbungen für internationale Spitzenpositionen im Ressortkreis erörtert. Koordiniert wird die internationale Personalpolitik der Bundesregierung seit 2000 vom Auswärtigen Amt. Hierzu tritt im Zweimonatsrhythmus die Ressortrunde internationale Personalpolitik auf Arbeitsebene zusammen, an der regelmäßig auch ein Vertreter der Bundesländer, des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und des Büros Führungskräfte zu internationalen Organisationen (BFIO) teilnehmen. Hier werden Vakanzen, Bewerbungen, Rahmenbedingungen und Rückkehrvoraussetzungen besprochen und koordiniert.

Die Bundesregierung hat ihre hochrangige politische Unterstützung deutscher Bewerberinnen und Bewerber auf Positionen in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen im Berichtszeitraum weiter deutlich intensiviert.

Die dafür etablierten Verfahren haben sich bewährt und sind gut eingespielt. In vielen Bereichen konnten dank dieser Koordinierung wichtige Erfolge erzielt werden. In zahlreichen relevanten internationalen Organisationen und europäischen Institutionen ist Deutschland inzwischen angemessen, zum Teil zahlenmäßig gut oder sogar sehr gut vertreten. So ist Deutschland zum Beispiel bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), bei der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), beim Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) derzeit gut vertreten. Bei der Weltorganisation

[1] Vgl. Bundestagsdrucksache 16/7938 (Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses) und Bundestagsdrucksache 16/6602 (neu) (Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

für Tourismus (UNWTO) ist Deutschland sogar überdurchschnittlich stark vertreten. In anderen internationalen Organisationen bemüht sich die Bundesregierung um Steigerungen.

Über die betrachteten Institutionen hinweg zeigt sich, dass die Informations- und Beratungsangebote für deutsche Bewerberinnen und Bewerber klare Erfolge nach sich ziehen. Bei zahlreichen internationalen Organisationen sind die Erfolgsquoten von deutschen Bewerberinnen und Bewerbern beeindruckend hoch (etwa bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) sowie beim VN-Nachwuchsprogramm YPP, siehe entsprechende Passagen im Bericht).

Die günstige Arbeitsmarktlage in Deutschland führt dazu, dass das Interesse an einer Tätigkeit in einer internationalen Organisation bei deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern derzeit weniger stark entwickelt ist. Dies gilt im Besonderen für Fachbereiche wie etwa Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften oder Logistik, in denen deutsche Expertise stark nachgefragt wird.

Die Bundesregierung möchte auf dem Erreichten weiter aufbauen. Die Welt der internationalen Organisationen ist hoch dynamisch. Der Konkurrenzdruck, insbesondere von Seiten der aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer, wächst, und aus demographischen Gründen wird es in den nächsten Jahren eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Ruheständen deutscher Beschäftigter in internationalen Organisationen geben.

Letzteres hat sich bereits in den vergangenen zwei Jahren nachteilig auf die deutsche Präsenz in Spitzenpositionen im VN-Sekretariat ausgewirkt. Die Bemühungen der deutschen Personalpolitik richten sich daher ganz besonders auf die Nutzung von Rotationen und auf neu geschaffene Stellen im VN-Sekretariat. Auf die Förderung von Frauen, insbesondere in sichtbaren Spitzenpositionen, wird in den nächsten Jahren in den VN ein noch stärkeres Augenmerk gelegt werden – ein Ansatz, den die Bundesregierung ausdrücklich begrüßt. Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Chancen, deutsches Personal in Schlüsselpositionen zu platzieren, steigen, je mehr hochqualifizierte deutsche Frauen sich auf die entsprechenden Positionen bewerben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

A. Deutsches Personal in internationalen Organisationen

1. Deutscher Personalanteil in den Institutionen der Europäischen Union (EU)

Die personell größten EU-Institutionen sind die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union. Der Europäische Auswärtige Dienst, dessen Personal sich im vergleichbaren höheren Dienst zu einem Drittel aus Diplomatinnen und Diplomaten aus den Mitgliedstaaten zusammensetzt, ist personalpolitisch ebenfalls von besonderem Interesse.

1.1. Europäische Kommission

Nach Angaben der Europäischen Kommission arbeiten dort derzeit (Stand: Januar 2017) 29.881 Beamtinnen und Beamte, Zeitangestellte und Vertragsbedienstete, davon 2.149 Deutsche (7,2 Prozent). Bei den Lebenszeitbeamtinnen und -beamten im vergleichbaren höheren Dienst der EU (EU-Bezeichnung: Administratorinnen bzw. Administratoren, „AD“) sind die Deutschen derzeit die zweitgrößte Gruppe (1.373) nach Italienern (1.387) und vor Franzosen (1.330) und Belgiern (1.314). Der deutsche Anteil konnte somit im Berichtszeitraum gehalten werden und liegt bei knapp 10,2 Prozent.

Unter den dienstjüngeren Beamtinnen und Beamten des vergleichbaren höheren Dienstes (Besoldungsgruppen AD5 bis AD7) sind die zuletzt beigetretenen EU-Mitgliedstaaten besonders stark vertreten. An der Spitze liegen Rumänien mit 439 und Polen mit 358 Personen. Hier spiegelt sich wider, dass im Nachgang zu den Beitritten der Jahre 2004 bzw. 2007 die EU-Auswahlverfahren einige Jahre lang überwiegend für Staatsangehörige aus den Beitrittsländern reserviert waren. Bei den älteren EU-Mitgliedstaaten (sog. „EU15“) liegt Deutschland mit 272 dienstjüngeren AD-Beamtinnen und -Beamten auf Platz 2 nach Italien (391) und vor Frankreich (264), Belgien (241) und Spanien (222). Nur 87 Personen dieser Gruppe stammen aus dem Vereinigten Königreich.

Die vom Europäischen Amt für Personalauswahl (EPSO) organisierten EU-Auswahlverfahren dienen der Nachwuchsgewinnung aller EU-Institutionen. In den letzten Jahren haben sich besonders viele Italiener und Spanier und Angehörige bestimmter anderer EU-Mitgliedstaaten (wie Rumänien oder Griechenland) an den EU-Auswahlwettbewerben im AD-Bereich beteiligt. Die deutschen Teilnahmezahlen waren zwar verhältnismäßig gering (im Zeitraum 2010-2016 nur 6,4 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den AD-Concours), Deutsche im Ergebnis jedoch überdurchschnittlich erfolgreich (über 11,6 Prozent der Laureatinnen Laureaten und knapp 11 Prozent der Einstellungen bei den Administratorinnen und Administratoren, was den deutschen Personalanteil in der Europäischen Kommission in dieser Gruppe langfristig halten würde). Das gute Abschneiden dürfte insbesondere auch auf die vom Auswärtigen Amt angebotenen Vorbereitungsseminare für Bewerberinnen und Bewerber zurückzuführen sein.

Von den 1.373 deutschen Administratorinnen und Administratoren in der Kommission waren 463 Frauen (33,9 Prozent). Der deutsche Frauenanteil liegt damit weiterhin unter dem EU-Durchschnitt von 43,2 Prozent, nähert sich diesem aber langsam an. Zum Vergleich: 2012 lag der deutsche Frauenanteil bei 31,3 Prozent, 2014 bei 32,8 Prozent.

Im März 2017 besetzten Deutsche fünf Generaldirektorinnen- bzw. Generaldirektorenposten und fünf stellvertretende Generaldirektorinnen- bzw. stellvertretende Generaldirektorenposten (zum Vergleich: sechs GD / fünf stv. GD aus Frankreich; vier GD / zwei stv. GD aus Italien; vier GD / fünf stv. GD aus Spanien; zwei GD / fünf stv. GD aus dem Vereinigten Königreich). Deutsche sind damit auf dieser Ebene weiterhin angemessen vertreten.

Deutsche besetzen derzeit 35 Direktorinnen- und Direktorenposten (plus sechs im Vergleich zu 2015), elf davon durch Frauen. Franzosen stellen 32 Direktorinnen und Direktoren, Italiener 33, Spanier 23, Briten 19. Darüber hinaus sind mehr als 130 Referatsleiterinnen und Referatsleiter in der Kommission Deutsche.

In den politisch einflussreichen Kabinetten der Mitglieder der Europäischen Kommission arbeiten (Stand März 2017) 29 Deutsche, sechs von ihnen auf der Ebene Kabinettchefin bzw. Kabinettchef (darunter auch der Leiter des Kabinetts des Präsidenten), vier auf der Ebene stellvertretende Kabinettchefin bzw. stellvertretender Kabinettchef. In nur drei Kabinetten sind derzeit keine Deutschen tätig. Damit hat sich die deutsche Präsenz in den Kabinetten unter Präsident Juncker im Vergleich zur letzten Kommission nochmals verbessert.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1.2. Verwaltung des Europäischen Parlaments und Generalsekretariat des Rates

In der Verwaltung des Europäischen Parlaments arbeiten ca. 6.500 Personen, davon 2.393 Administratorinnen und Administratoren (inklusive Sprachendienst, Stand Juli 2016). 203 davon sind Deutsche (Platz 1 mit 8,5 Prozent). Geleitet wird die EP-Verwaltung vom deutschen Generalsekretär Klaus Welle. Stellvertretender Generalsekretär und als Leiter der Generaldirektion Präsidentschaft einer von dreizehn EP-Generaldirektoren ist der Deutsche Markus Winkler. Von den 48 Direktorinnen und Direktoren in der EP-Verwaltung sind zwölf Deutsche. Insgesamt sind Deutsche in der Verwaltung des Europäischen Parlaments also quantitativ und qualitativ sehr gut vertreten. Im Kabinett des EP-Präsidenten ist zudem ein Deutscher tätig.

Das Generalsekretariat des Rates beschäftigt etwas mehr als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im höheren Management stellen Deutsche einen Generaldirektor (von insgesamt acht) sowie zwei von 34 Direktoren. Im mittleren Management sind 11 von 98 Referatsleiterinnen und Referatsleitern Deutsche. Bei den 1.219 Referentinnen und Referenten halten Deutsche einen Anteil von 6,4 Prozent (ebenso wie Franzosen; größte Gruppe sind die Belgier mit 8,2 Prozent). In der Gesamtbetrachtung sind Deutsche im Ratssekretariat also qualitativ und quantitativ durchschnittlich gut vertreten.

Im Kabinett des Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, ist eine Deutsche tätig.

1.3. Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)

Im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) sind von 942 Administratorinnen und Administratoren (also Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst) 90 Deutsche (Platz 3 mit 9,5 Prozent). Frankreich liegt hier an der Spitze mit 113 Personen, gefolgt von Italien mit 111. Hinter Deutschland auf den Plätzen 4 und 5 liegen Spanien (82) und das Vereinigte Königreich (66). Auf der Administratorenebene hält der EAD das vorgegebene Ziel, ein Drittel seiner Beamtinnen und Beamten aus den nationalen diplomatischen Diensten der EU-Mitgliedstaaten zu rekrutieren. 17 dieser insgesamt 310 nationalen Diplomatinnen und Diplomaten im EAD sind aus der Bundesregierung entsandt, ganz überwiegend vom Auswärtigen Amt. Dies ist Platz 4 nach Frankreich (36), dem Vereinigten Königreich (27) und Spanien (24). Darüber hinaus sind derzeit in der Zentrale des EAD vier deutsche Polizisten des höheren Dienstes eingesetzt.

Im höheren Management der EAD-Zentrale sind Deutsche derzeit angemessen und in vergleichbarer Zahl wie andere größere Mitgliedstaaten vertreten: Deutschland stellt mit Helga Schmid als Generalsekretärin die Spitzenbeamtin des EAD. Zudem sind ein Managing Director, zwei von 15 Direktorinnen und Direktoren (ohne EU-Militärstab) sowie der stellvertretende Leiter des Kabinetts der Hohen Vertreterin Deutsche.

Bei den EU-Delegationsleiterinnen und -leitern bestand hingegen bis zuletzt Nachholbedarf, da nur zehn von 139 Delegationsleitungen mit Deutschen besetzt waren. Im Zuge der Rotation 2017 hat die Hohe Vertreterin jedoch für 41 zu besetzende Posten acht Deutsche berücksichtigt, darunter den deutschen Diplomaten Markus Ederer für den Posten des Leiters der EU-Delegation Moskau. Ab Sommer/Herbst 2017 werden 17 Deutsche (darunter fünf Angehörige des Auswärtigen Amts) EU-Delegationen leiten. Dies entspricht dann dem Niveau anderer großer Mitgliedstaaten (derzeit 17 spanische Delegationsleitungen, 16 französische und 12 italienische).

Im Militärstab der Europäischen Union (EUMS) konnten sich die deutschen Kandidatinnen und Kandidaten auch aufgrund ihres zielgerichtet und planvoll aufgebauten beruflichen Werdegangs gegen die Konkurrenz behaupten. Deutschland ist im EUMS derzeit angemessen repräsentiert mit dem Director Concepts & Capabilities (bis September 2018), dem Branch Chief Intelligence Support (bis Sommer 2017), dem Branch Chief Current Operations (bis Sommer 2018) sowie ab Sommer 2017 mit dem Branch Chief Concepts. Weiterhin stellt Deutschland derzeit den Executive Coordinator und damit eine Schlüsselposition im Kabinett des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses.

Innerhalb der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) war Deutschland im Berichtszeitraum mit zehn Beschäftigten der viertgrößte Personalsteller. Dies entspricht einer Personalquote von 9,5 Prozent. Frankreich liegt mit 14 Mitarbeitern an der Spitze, gefolgt von Italien und dem Vereinigten Königreich mit je 13 besetzten Stellen. Deutschland besetzt zudem seit 1. April 2017 einen von vier Direktorenposten in der EVA.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2. Deutscher Personalanteil im System der Vereinten Nationen

2.1. Sekretariat der Vereinten Nationen (VN)

Am 1. Januar 2017 trat António Guterres das Amt als neunter Generalsekretär der Vereinten Nationen an.

Für die ersten Monate der Amtszeit werden einige Personalwechsel auf der Führungsebene des VN-Systems erwartet. Die Bundesregierung hat im Hinblick auf dieses Personalrevirement strategisch wichtige Führungspositionen identifiziert und gezielt deutsche Bewerberinnen und Bewerber für diese Positionen vorbereitet.

Wichtige Erfolge sind die Ernennung Achim Steiners zum neuen Leiter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP am 19. April 2017 (USG-Ebene, Under Secretary General), sowie die Ernennung von Ursula Müller (bis zum 9. März 2017 deutsche Exekutivdirektorin bei der Weltbank) als stellvertretende Nothilfekoordinatorin und damit stellvertretende Leiterin des VN-Büros für die Koordinierung Humanitärer Hilfe (ASG-Ebene, Assistant Secretary General). Damit ist Deutschland im New Yorker Hauptquartier wieder auf USG- und ASG-Ebene vertreten.

Das Mandat von USG (Under Secretary General) Martin Kobler (Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) und Sondergesandter des VN-Generalsekretärs für Libyen) ist zu Ende März 2017 ausgelaufen. Ein Nachfolger wurde noch nicht ernannt, und Herr Kobler hat sich bereit erklärt, zunächst noch weiter im Amt zu bleiben. Wolfgang Stoeckl (Gesandter a. D.) ist als stellvertretender Vorsitzender der International Civil Service Commission ebenfalls im Range eines USG bei den Vereinten Nationen tätig. Für weitere USG- und ASG-Positionen bewerben sich deutsche Kandidatinnen und Kandidaten. Ziel ist es, als wichtiger Unterstützer der Vereinten Nationen und viertgrößter Beitragszahler zum VN-Pflichtbudget noch stärker in USG- und ASG-Positionen vertreten zu sein.

Die deutsche Personalquote unter den Beschäftigten des vergleichbaren höheren Dienstes insgesamt betrug im VN-Sekretariat Mitte 2016 3,8 Prozent und ist damit konstant geblieben. Mit 455 deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist Deutschland damit weiterhin fünftgrößter Personalsteller nach den USA (1.180), Frankreich (702), dem Vereinigten Königreich (601) und Kanada (464). Im Berichtszeitraum hat Deutschland seine Personalpräsenz gemessen an der für jeden Mitgliedsstaat errechneten geografischen Quotenspanne[2] sogar verbessert. Die geografischen Quoten (Korridore) wurden im September 2015 neu berechnet. Seitdem liegt Deutschland im Mittelfeld des Korridors und wird absehbar auch in den nächsten Jahren (Pensionierungen eingerechnet) innerhalb dieses Korridors bleiben.

Wegen dieser Entwicklung wird Deutschland in den nächsten Jahren nicht mehr am VN-Nachwuchs-Auswahlverfahren, dem YPP-Examen (Young Professionals Programme), teilnehmen können, das immer nur den unterrepräsentierten Staaten bzw. Staaten offensteht, denen unter Einbeziehung zu erwartender Ruhestände die Unterrepräsentierung droht. Von 2011 bis 2015 hatte Deutschland teilgenommen. In dem sehr kompetitiven Auswahlverfahren hat Deutschland in diesen Jahren mit großem Erfolg abgeschnitten: im Jahr 2013 haben acht Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahme auf das YPP-Roster geschafft. 80 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten, die im Jahr 2013 das schriftliche Verfahren bestanden hatten, waren auch im mündlichen Verfahren erfolgreich. Im Jahr 2014 gab es mit zwölf Kandidatinnen und Kandidaten die bisher höchste Zahl an Erfolgen, knapp 86 Prozent der im schriftlichen Verfahren Erfolgreichen bestanden auch das mündliche Verfahren. Damit hatte Deutschland die meisten YPP-Absolventinnen und -Absolventen, gleichauf mit den USA. Im Jahr 2015 waren insgesamt neun Personen erfolgreich. Diese Erfolge können auch auf die Unterstützungsmaßnahmen des Auswärtigen Amts in Form von gezielten Vorbereitungsseminaren für die deutschen Teilnehmenden am YPP zurückgeführt werden.

[2] Die geografischen Quotenspannen (Korridore) werden für 3.582 Stellen (am 30. Juni 2016 waren davon 2.982 besetzt) unter Einbeziehung von VN-Mitgliedschaft, Beitragssatz zum VN-Regelhaushalt und Bevölkerungszahl errechnet. Aufgrund des abnehmenden Anteils am weltweiten Bruttonationaleinkommen, das maßgeblich ist für die Festlegung des Beitragssatzes zum VN-Regelhaushalt, sowie aus demographischen Gründen, wird der für Deutschland berechnete Korridor längerfristig weiter sinken.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2.2. Ausgewählte humanitäre VN-Organisationen

Mit Blick auf die Zahl großer und lang anhaltender Flüchtlingskrisen baute Deutschland seine Unterstützung zum Schutz und der Versorgung von Flüchtlingen und anderen schutzbedürftigen Personen (Staatenlose, Binnenvertriebene) und zur (Re-)Integration von Flüchtlingen in aufnehmende Gemeinden oder Heimatländer weiter aus. Hierbei kommt internationalen Organisationen wie dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), dem Welternährungsprogramm (WFP), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sowie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) eine zentrale Bedeutung zu.

2.2.1. Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)

Beim für Deutschland besonders relevanten Büro des Hohen Kommissars für Flüchtlinge – für das Deutschland weltweit zweitgrößter bilateraler Geber ist – besteht personell im Leitungsbereich und auf der zweiten Führungsebene (Generaldirektor bzw. D 2) für Deutschland Nachholbedarf. Auf der dritten Ebene besetzen sechs Deutsche D 1-Stellen, davon zwei in der Genfer UNHCR-Zentrale. Insgesamt sind beim UNHCR 112 Deutsche tätig. Zum Vergleich: 2014 waren es 91. Von diesen 112 Personen sind 90 im vergleichbaren höheren Dienst eingesetzt, darunter sechs Junior Professional Officers. Den prozentualen Anteil von knapp 3 Prozent der Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst gilt es für Deutschland zu steigern.

2.2.2. Welternährungsprogramm (WFP)

Auch beim WFP hat Deutschland sein Engagement seit 2012 immer weiter verstärkt und war 2016 zweitgrößter bilateraler Geber des Programms nach den USA. Seinen Gestaltungsanspruch in der Ernährungshilfe möchte Deutschland auch personell noch stärker untermauern.

Insgesamt sind beim Welternährungsprogramm derzeit 110 Deutsche beschäftigt, davon 44 als Professional Staff (darunter drei auf D-2-Positionen, einer auf D1, acht auf P5). Beim Professional Staff liegt der deutsche Personalanteil damit bei 3,5 Prozent, in Führungspositionen ab P5 bei 2,8 Prozent. Der deutsche Frauenanteil liegt in beiden Gruppen mit 49 Prozent bzw. 42 Prozent über dem WFP-weiten Frauenanteil in diesen Gruppen, der bei 41 Prozent bzw. 39 Prozent liegt[3].

2.2.3. Internationale Organisation für Migration (IOM)

Deutschland trägt aktuell mit 29 Mio. US-Dollar ca. 2 Prozent des Gesamtbudgets von IOM und ist damit viertgrößter Beitragszahler. In Anbetracht der besonderen personalwirtschaftlichen Struktur von IOM (hoher Anteil lokal Beschäftigter) ist Deutschland mit 36 deutschen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst angemessen vertreten. Fünf davon sind im mittleren Management ab Ebene P 5 eingesetzt. Deutschland stellt eine Abteilungsdirektorin, einen Referatsleiter, drei Leitungen strategisch wichtiger Länderbüros, zwei Leitungen weiterer Länderbüros und eine herausgehobene Funktion im Rechtsreferat in Genf.

2.2.4. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Ende Oktober 2016 waren 51 Deutsche innerhalb des regulären Haushalts im vergleichbaren höheren Dienst bei der FAO beschäftigt (davon drei auf D 2-Positionen, vier auf D 1-Positionen und 14 auf P 5-Positionen). Dies entspricht einer Quote von 5,4 Prozent. Stärker vertreten sind nur der größte Geber USA (96) und der Sitzstaat Italien (65).

Deutschland trägt 7,1 Prozent des Gesamtbudgets von jährlich knapp 20 Mio. US-Dollar und ist damit nach den USA und Japan drittgrößter Beitragszahler. Für die FAO wird nach einem speziellen Verteilungsschlüssel, in den u.a. die Höhe der Beiträge und die Bevölkerungsgröße einfließen, ein sogenannter Sollstellenrahmen für jedes Mitgliedsland ermittelt. Dieser liegt für Deutschland bei 44 bis 60 Stellen. Damit ist Deutschland bei der FAO mit 51 Beschäftigten derzeit insgesamt angemessen repräsentiert.

[3] Die statistischen Angaben zum Gesamtpersonal bei WFP beziehen sich auf den Stichtag 31. Dezember 2015.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3. Deutscher ziviler Personalanteil in multilateralen Friedenseinsätzen

Deutschland leistet mit dem Einsatz von zivilen Experten in internationalen Friedenseinsätzen einen wichtigen Beitrag zur zivilen Krisenprävention. Deutsche zivile Expertinnen und Experten überwachen etwa den Waffenstillstand in der Ukraine und den Demobilisierungsprozess in Kolumbien. Sie tragen zum Polizeiaufbau etwa in Mali oder Niger bei und beraten im Kosovo bei der Justizreform.

Im Jahr 2016 arbeiteten 191 zivile deutsche Expertinnen und Experten in multilateralen Friedensmissionen der VN, OSZE, EU und NATO. Die Aufgabe der Rekrutierung, Vermittlung und Betreuung von deutschen Zivilkräften für solche Einsätze übernimmt das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) mit Mitteln des Auswärtigen Amts. Aktuell umfasst der ZIF-Expertenpool über 1.500 Personen mit relevanten Kompetenzprofilen.

Reform des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) / Neufassung des Sekundierungsgesetzes

Die personellen Kapazitäten für Krisenprävention, Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung sollen weiter gestärkt und noch schlagkräftiger und zielgenauer zum Einsatz gebracht werden. Damit will sich Deutschland künftig mit der Entsendung ziviler Krisenhelferinnen und Krisenhelfer noch stärker in internationalen Friedenseinsätzen engagieren.

Das ZIF wird derzeit reformiert. Zentraler Baustein der Reform ist die Neufassung des Sekundierungsgesetzes. Künftig wird das ZIF als vollwertige Entsendeorganisation im Auftrag des Auswärtigen Amtes für den vollständigen Prozess der Expertensuche und -rekrutierung, für den Vertragsabschluss und die Einsatzbetreuung sowie für die Einsatznachbereitung und Aufbereitung des Einsatzwissens verantwortlich sein. Die Abwicklung von Sekundierungsverträgen wird vom Auswärtigen Amt auf das ZIF übergehen. Das Auswärtige Amt behält die politische Steuerung.

Das neue Gesetz verbessert die soziale Absicherung der sekundierten Personen. Die zivilen Expertinnen und Experten werden in der Regel Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer des ZIF und erhalten umfassenden Arbeitslosen-, Renten-, Unfall- Pflege- und Krankenversicherungsschutz für ihren Einsatz in schwierigen und oft gefährlichen Missionen. Damit wird die Bundesregierung ihrer besonderen Verantwortung für diese wichtigen Akteure der Krisenprävention gerecht, steigert die Attraktivität der Sekundierung für die zivilen Expertinnen und Experten und verbessert damit die Voraussetzungen für eine gute Personalpräsenz im Bereich der Krisenprävention insgesamt. Das Gesetz wird voraussichtlich im Sommer 2017 in Kraft treten.

3.1. Friedenseinsätze der Vereinten Nationen

Deutschland stellt weiterhin in vielen friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen Personal (Zivil-, Polizei- und Militärkräfte). Besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung derzeit auf eine Steigerung der Präsenz deutschen Zivilpersonals. Dort ist Deutschland seit Jahren mit unter 1 Prozent deutlich unterrepräsentiert. Ende November 2016 war erstmals seit Jahren eine merkliche Steigerung der Zahlen erkennbar: 74 deutsche Zivilkräfte waren zu diesem Zeitpunkt in Missionen der Vereinten Nationen eingesetzt, das sind 1,1 Prozent. Die Zahl der Zivilkräfte hat sich im Berichtszeitraum damit um 10 Personen erhöht, was einer Steigerung um 15,6 Prozent entspricht. Diesen Trend gilt es zu erhalten bzw. noch weiter zu verstärken.

2015 hatte das Auswärtige Amt eine Evaluierung zu diesem Thema in Auftrag gegeben. Botschafter a. D. Heiner Horsten und Assistant Secretary General a. D. Dr. Wolfgang Weisbrod-Weber entwickelten Empfehlungen zur Steigerung des deutschen Personalanteils in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Daraus abgeleitete Maßnahmen werden seither unter Federführung des Auswärtigen Amts umgesetzt. So wurde die Abstimmung zwischen der Zentrale des Auswärtigen Amts, der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, den Auslandsvertretungen in Missionsgebieten und dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Personalfragen maßgeblich verstärkt, die Begleitung laufender Vakanzen und Bewerbungen intensiviert und verstetigt und spezifische Aktivitäten zur Personalgewinnung entwickelt und umgesetzt.

Die Bemühungen der Bundesregierung zur Steigerung des deutschen Anteils am Zivilpersonal in VN-Friedensmissionen sind langfristig angelegt und legen den Schwerpunkt bewusst auf den Nachwuchsbereich. Künftig werden „Junior Professional Officers“ (JPOs) auch in ausgewählten Friedensmissionen eingesetzt. Es sollen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

zudem einige UN-Volunteers-Stellen in Friedensmissionen aus Mitteln der Bundesregierung für Deutsche eingerichtet werden. Auch seitens des Carlo-Schmid-Programms und des Mercator-Kollegs für internationale Aufgaben werden Möglichkeiten geprüft, die Stipendien verstärkt für einen Einsatz in Friedensmissionen der Vereinten Nationen zu nutzen. Der oftmals schwierigen Arbeits- und Sicherheitsbedingungen vor Ort sind sich die Bundesregierung und die jeweiligen Programmträger bewusst und tragen dem Sicherheitsaspekt bei der Auswahl von Nachwuchsstellen ausdrücklich Rechnung.

Deutschland nominiert zudem regelmäßig Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den von den VN angebotenen Senior Mission Leaders Course, einem hochrangigen Kurs zur Qualifizierung von Personal (Zivil, Polizei und Militär) für künftige Führungsaufgaben in VN-Friedensmissionen. Die Bundesregierung nutzt dieses Instrument zum strategischen Aufbau von Expertise und zur weiteren Stärkung der deutschen Präsenz in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen, denn durch die erfolgreiche Teilnahme an diesen Kursen werden die Erfolgsaussichten bei Bewerbungen auf hochrangige Positionen in VN-Missionen deutlich erhöht. Nach erfolgreicher Teilnahme an einem dieser Kurse besetzt derzeit etwa ein deutscher Polizeibeamter die Position des Police Commissioner, d. h. des Leiters der Polizeikomponente in der UN-Mission UNSOM in Somalia, ein weiterer hat im Peace Review-Prozess des Generalsekretärs der Vereinten Nationen mitgearbeitet. Ein ziviler Teilnehmer wurde nach Teilnahme am Kurs Leiter des Grundsatzreferats Vereinte Nationen im Auswärtigen Amt (u.a. zuständig für Friedensmissionen) und konnte somit ebenfalls unmittelbar von den im Kurs gewonnenen Erfahrungen und dem Netzwerk in der täglichen Aufgabenwahrnehmung profitieren.

3.2. Einsätze der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Für Einsätze bei der OSZE waren zum Jahresbeginn 2017 insgesamt 1.141 internationale Kräfte sekundiert (vom entsendenden Staat bezahlt) sowie 266 kontraktiert (auf regulären Verträgen, von der OSZE bezahlt). Davon sind 76 sekundierte und 12 kontraktierte Stellen von deutschen Staatsangehörigen besetzt (69 davon über den ZIF-Pool). 53 dieser Expertinnen und Experten sind in Friedensmissionen im OSZE-Gebiet beschäftigt. 37 davon unterstützen die Special Monitoring Mission in der Ukraine und die Beobachtermission zweier russisch-ukrainischer Grenzübergänge. Die übrigen 16 sind in den regulären OSZE-Feldmissionen auf dem Balkan, in Zentralasien, Moldau und in der Mission in Eriwan tätig.

Die Anzahl deutscher Expertinnen und Experten, die bei Wahlbeobachtungen der OSZE durch ODIHR als Kurz- und Langzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter eingesetzt werden, ist weiter deutlich gestiegen und lag im Jahre 2016 bei insgesamt 370 Personen (47 Langzeit-, 323 Kurzzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter). Zum Vergleich: 2015 waren es 244 deutsche Wahlbeobachterinnen und -beobachter (31 Langzeit-, 213 Kurzzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter).

3.3. Missionen der Europäischen Union

Deutschland beteiligte sich 2015 ebenso wie 2016 an allen zivilen Missionen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Über den ZIF-Pool wurden 2016 insgesamt 78 Expertinnen und Experten sekundiert, im Jahr 2015 waren es 75. In beiden Jahren des Berichtszeitraums entfiel das größte Kontingent davon auf die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo: 31 Sekundierte 2015 und 29 Sekundierte im Jahr 2016. Zahlenmäßig folgten 2016 die Missionen EUAM Ukraine (10) sowie EUCAP Sahel/Mali und EUPOL Afghanistan (jeweils 8). Im Rahmen der Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen (AG IPM) waren mit Stand 31. Dezember 2016 insgesamt 45 aktive Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder sowie Angehörige der Zollverwaltung in neun verschiedenen GSVP-Missionen aktiv. Auch hier wurden im Rahmen der zivilen GSVP die meisten Beamteninnen und Beamten an die Mission EULEX Kosovo entsandt, darunter der stellvertretende Leiter der Mission. Darüber hinaus stellt Deutschland für nahezu alle militärischen Missionen und Operationen im Rahmen der europäischen GSVP ziviles und militärisches Personal.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Deutsches Personal im neu aufgebauten Kosovo-Sondergericht

Im Rahmen der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX Kosovo) wird derzeit ein Sondergerichtshof aufgebaut, die Kosovo Specialist Chambers. Das Sondergericht dient dazu, Völkerrechtsverstöße zu ahnden, die insbesondere von der Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK), aber auch von anderen Konfliktparteien während des bewaffneten Konflikts im Kosovo begangen wurden. Das Sondergericht hat seinen Sitz in Kosovo und in Den Haag, wo auch die Verfahren stattfinden werden. Mit einer Eröffnung von Strafverfahren wird nicht vor Mitte 2017 gerechnet.

Finanziert wird das Sondergericht über den GASP-Haushalt sowie durch freiwillige Beiträge von Staaten. In der Vorbereitungsphase (unter EULEX-Mandat) finanzierte das Auswärtige Amt 2016 zwei Mitarbeiter in den Kammern und einen Mitarbeiter in der Anklagebehörde. Deutschland stellte in dieser Phase damit den größten Anteil des sekundierten Personals.

Das Sondergericht wird nach seiner Arbeitsaufnahme ausschließlich mit internationalen Richterinnen und Richtern besetzt. Ausgewählt wurden hierfür Ende 2016 vier (von neun) von Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz nominierten deutschen Bewerberinnen und Bewerbern. Damit sind vier der neunzehn Richter Deutsche. Diese hohe Quote spricht nicht nur für die hervorragende Qualifikation deutscher Richterinnen und Richter auch für internationale Aufgaben, sondern belegt auch deren hohes internationales Ansehen.

4. Deutscher Personalanteil in der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO)

Eine angemessene personelle Repräsentanz in der NATO und ihren militärischen und zivilen Strukturen sicherzustellen, ist ein Kerninteresse internationaler deutscher Personalpolitik. Auf der oberen Führungsebene des Internationalen Stabs (IS) der NATO, insb. der Ebene der Beigeordneten Generalsekretäre (Assistant Secretary General (ASG)), ist Deutschland zum Stichtag 31. Dezember 2016 angemessen vertreten.

Seit 2013 besetzt mit Generalleutnant Horst-Heinrich Brauß ein Deutscher den Posten des Beigeordneten Generalsekretärs für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung (ASG Defence Policy and Planning). Die Position wird im Herbst 2017 neu zu besetzen sein. Seit Dezember 2016 stellt Deutschland mit Arndt Freytag von Loringhoven zusätzlich den Beigeordneten Generalsekretär für Nachrichtenwesen und Sicherheit (ASG Intelligence and Security). Mit Wolfgang Rudischhauser als Leiter des Zentrums für Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Weapons of Mass Destruction Non-Proliferation Centre) ist eine weitere NATO-Spitzenposition (noch bis Sommer 2017) deutsch besetzt. Im unmittelbaren Umfeld des Generalsekretärs ist Deutschland zudem auf einem stellvertretenden Direktorenposten vertreten. Auch die derzeitige Sprecherin des Bündnisses ist deutsche Staatsangehörige. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, auch künftig eine angemessene personelle Präsenz bei den Spitzenpositionen sicherzustellen.

Auf der mittleren Führungsebene (A 5 - A 6) besetzt Deutschland derzeit neun der insgesamt 84 Dienstposten. Die Bundesregierung ist bestrebt, die deutsche Präsenz in diesem Bereich stetig zu verbessern.

Der deutsche Personalanteil im vergleichbaren höheren Dienst im Internationalen Stab der NATO liegt derzeit bei 8,5 Prozent. Deutschland steht mit 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Vergleich der NATO-Mitgliedstaaten nur an vierter Stelle hinter dem Vereinigten Königreich (69), Frankreich (46) und den USA (45). Auch hier hat die Bundesregierung großes Interesse an einem Ausbau der deutschen Präsenz.

Anders als im Internationalen Stab sind die Stellen im militärischen Bereich der NATO-Kommandostruktur sowie in den rüstungsnahen NATO-Agenturen in der Regel quotiert, d. h. sie sind – im Einvernehmen aller Nationen – einer bestimmten Nation zur Besetzung zugewiesen worden. Der Internationale Stab sowie die NATO-Agenturen NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency (NAGSMA), NATO Communications and Information Agency (NCIA) und NATO Support and Procurement Agency (NSPA) (sogenannte Non-Quota-Agenturen) verzichten hingegen grundsätzlich auf die Quotierung von Dienstposten.

Im Internationalen Militärstab (IMS) ist Deutschland seiner Bedeutung als zweitgrößtem NATO-Beitragszahler entsprechend vertreten. 32 Dienstposten (quotiert) von 317 militärischen Dienstposten sind durch Deutschland besetzt. Auf der Ebene der Non-Quota (NQ)-Spitzenpositionen (Dotierung B 6 und höher) können die Nationen maximal zwei Generäle/Admirale stellen. Jedoch ist zu beachten, dass jede Nation grundsätzlich nur einen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Dienstposten auf der Ebene Director/Deputy Director zeitgleich besetzen darf. Deutschland besetzte bis Juli 2016 den Posten Director Operations and Planning. Bis Ende 2019 ist durch die Auswahl des deutschen Bewerbers für den Posten Director Policy and Capabilities die deutsche Repräsentanz – qualitativ und quantitativ – auf hohem Niveau sichergestellt.

Dies gilt auch für den Bereich der herausgehobenen militärischen Non-Quota-Dienstposten (A 16/ B 3). Deutschland ist dort seit mehreren Jahren in allen zentralen Bereichen (Leitung/ Führung, Personal, Operationen, Nachrichtenwesen, Logistik, IT u. a.) vertreten.

Bei den NATO-Agenturen zeigt sich folgendes Bild: Die NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency (NAGSMA), die NATO Communications and Information Agency (NCIA) und die NATO Support and Procurement Agency (NSPA) sind sogenannte Non-Quota-Agenturen, die grundsätzlich auf die Quotierung von Dienstposten verzichten. Die NATO Helicopter Management Agency (NAHEMA), die NATO Airborne Early Warning & Control Programme Management Agency (NAPMA) und die NATO Eurofighter and Tornado Development, Production & Logistics Management Agency (NETMA) sind hingegen quotierte NATO-Agenturen.

In der NAGSMA stellte Deutschland bis Oktober 2016 den Deputy General Manager. Bei der NCIA ist Deutschland seit Februar 2016 mit einem Chief of Staff hochrangig vertreten. Gleichwohl ist Deutschland bei der NAGSMA wie auch bei den großen Agenturen NCIA und NSPA quantitativ unterrepräsentiert. Bei den quotierten NATO Agenturen wie der NAHEMA, der NAPMA und der NETMA, ist eine angemessene Repräsentanz sichergestellt.

Im NATO Air & Missile Defence Committee (AMDC) stellt Deutschland weiterhin den stellvertretenden Vorsitzenden (Non-Quota, bis 09/2018) und ist damit ebenfalls auf gutem Niveau vertreten.

5. Deutscher Personalanteil in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Im Berichtszeitraum hat sich der Personalbestand der OSZE insbesondere durch den Aufbau der Special Monitoring Mission (SMM) in der Ukraine stark erhöht. Ende 2014 waren 672 internationale Beschäftigte bei der OSZE tätig, Anfang 2017 sind es 1407. Der deutsche Personalanteil in der OSZE (sekundiertes und kontraktiertes Personal) ist in diesem Zeitraum von 12 Prozent auf etwa 6,2 Prozent gesunken, obwohl die absolute Zahl deutscher Beschäftigter von 77 auf 88 gestiegen ist. Für den Einsatz bei der OSZE waren zum Jahresbeginn 2017 insgesamt 1.141 internationale Kräfte sekundiert (vom entsendenden Staat bezahlt) sowie 266 kontraktiert (auf regulären Verträgen von der OSZE bezahlt). Davon sind 76 sekundierte und 12 kontraktierte Stellen von deutschen Staatsangehörigen besetzt (69 davon über den ZIF-Pool).

Im OSZE-Sekretariat in Wien, im Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, bei der Beauftragten für Medienfreiheit in Wien und bei der Hohen Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten in Den Haag sind insgesamt 35 deutsche Expertinnen und Experten eingesetzt. In den Friedensmissionen im OSZE-Gebiet sind 53 Deutsche beschäftigt. Insbesondere trägt Deutschland weiterhin stark zum Aufbau der Special Monitoring Mission (SMM) in der Ukraine bei und konnte die Zahl des dorthin sekundierten Personals seit Ende 2014 nahezu verdoppeln.

Generell zielt die deutsche Personalpolitik in der OSZE nicht allein auf die Anzahl der Personen, sondern besonders auf die Präsenz in Managementpositionen in OSZE-Sekretariat und Feldmissionen ab. Bei Positionen im sogenannten senior management (Missionsleiterinnen und -leiter, deren Stellvertreter, D 2 und D 1, P 5) liegt Deutschland mit seinem Personalanteil von 6,5 Prozent derzeit an zweiter Stelle nach den USA und gleichauf mit dem Vereinigten Königreich.

Deutschland besetzt zudem einige Schlüsselpositionen in der OSZE und konnte vor allem mit der Besetzung des Postens des ODIHR-Direktors durch Staatsminister a. D. Georg Michael Link 2014 sein Gewicht im OSZE-Gefüge erhöhen. Ebenso von großer Bedeutung ist der Posten des Direktors des Department of Management and Finance im OSZE-Sekretariat, den seit 2013 Joachim Müller innehat. Zudem konnte Deutschland 2016 die Leiterstelle der OSZE-Mission in Albanien besetzen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6. Deutscher Personalanteil im Europarat

Der deutsche Personalanteil im Europarat bleibt auf gutem Niveau. Mitte 2016 waren 117 deutsche Beschäftigte (davon 47 Prozent Frauen) in Straßburg tätig, 104 mit Dauer- und 13 mit Zeitverträgen. Deutschland liegt in Leitungsfunktionen (A 5 bis A 7) mit 13 Stellen nach Frankreich (16) und vor dem Vereinigten Königreich (12) und Italien (8) unverändert auf dem zweiten Platz.

Auf Direktorenebene (A 6) besetzt Deutschland aktuell 7 von 33 Stellen (Leiter interne Rechnungsprüfung, Leiter Kommunikation/Presse, Leiter Rechtsabteilung, Leiterin des Europäischen Direktorats für die Qualität von Arzneimitteln und Gesundheitsfürsorge, Sekretär der Venedig-Kommission, stellvertretender Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung, und Sektionskanzler beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte).

Der Deutsche Dr. Rolf Wenzel leitet als Gouverneur die Entwicklungsbank des Europarats (CEB). 2016 wurde er für eine zweite und letzte Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt. Die deutsche Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Prof. Dr. Angelika Nußberger (Beginn der neunjährigen Amtszeit im Januar 2011) wurde Ende 2016 zur Vizepräsidentin des EGMR (eine von zwei Posten auf dieser Ebene) gewählt. Seit Januar 2017 wird das Büro des Europarats in Albanien (Tirana) von einem Deutschen geleitet.

Im Herbst 2018 steht turnusmäßig die Eröffnung des Wahlverfahrens für das Amt der Generalsekretärin bzw. des Generalsekretärs des Europarats an (Wahl im Sommer 2019).

7. Deutscher Personalanteil in den multilateralen Wirtschafts- und Finanzorganisationen

7.1. Europäische Finanzorganisationen

7.1.1. Europäische Investitionsbank (EIB) und Europäischer Investitionsfonds (EIF)

Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist die Förderbank der Europäischen Union. Zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) bildet sie die EIB-Gruppe.

Deutschland stellt mit Staatsminister a. D. Dr. Werner Hoyer derzeit den Präsidenten der EIB. Der deutsche Anteil am Gesamtpersonal der EIB-Gruppe liegt bei 9,7 Prozent und damit unter dem deutschen Anteil von 16 Prozent am Kapital der EIB. Im Segment der Senior Cadre ist Deutschland allerdings sehr gut vertreten: Drei der insgesamt 16 Generaldirektorenstellen sind von Deutschen besetzt sowie neun von 65 Direktorenstellen. Auch bei den Referatsleitern ist Deutschland mit 15,9 Prozent noch gut vertreten. Nachholbedarf besteht aber bei den leitenden Angestellten und potentiellen Führungskräften (Executive Staff). Hier hat Deutschland mit 9,6 Prozent einen geringeren Anteil. Deutschland stellt auch nur 8,1 Prozent der Nachwuchskräfte, der sogenannten Graduates, die im Rahmen eines speziellen Programms erste Berufserfahrung auf einem befristeten Vertrag bei der EIB sammeln können.

7.1.2. Europäische Zentralbank (EZB)

Über die Besetzung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank entscheidet der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit (Art. 283 Abs. 2 AEUV). Bislang kam stets eines der insgesamt sechs Direktoriumsmitglieder aus Deutschland. Sabine Lautenschläger-Peiter ist seit dem 27. Januar 2014 Mitglied des Direktoriums der EZB als Nachfolgerin von Jörg Asmussen. Weiteres Mitglied des EZB-Rates ist derzeit in seiner Funktion als Präsident der Deutschen Bundesbank Dr. Jens Weidmann.

Sechs Abteilungsleiter- sowie neun stellvertretende Abteilungsleiterpositionen bei der EZB sind durch Deutsche besetzt. Bei den Leitungspositionen insgesamt (bis einschließlich Ebene Sektionsleiter) sind 102 von 328 Stellen mit Deutschen besetzt (31 Prozent), 45 davon mit einem befristeten Vertrag. Der prozentuale Anteil Deutscher bei Leitungspositionen in der EZB ist damit auf gutem Niveau stabil geblieben und liegt über dem Anteil des eingezahlten Kapitals der Deutschen Bundesbank (26 Prozent).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7.1.3. Europäisches Finanzaufsichtssystem (ESFS)

Das auf europäischer Ebene zum 1. Januar 2011 geschaffene neue Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision, ESFS) setzt sich zusammen aus dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB), drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden (European Banking Authority, EBA; European Insurance and Occupational Pensions Authority, EIOPA; European Securities and Markets Authority, ESMA), einem behördenübergreifenden Ausschuss der europäischen Finanzaufsichtsbehörden (Joint Committee) und den nationalen Aufsichtsbehörden.

Deutschland ist im Vorsitz des Europäischen Finanzaufsichtssystems bislang nicht vertreten. Das Bundesministerium der Finanzen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) verstärken daher ihre Bemühungen, qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Leitungspositionen zu identifizieren. Diese werden bei EBA, ESMA und EIOPA voraussichtlich 2021 neu zu besetzen sein. Ziel ist es zudem, die Präsenz Deutscher insbesondere auf der mittleren Führungsebene (Abteilungsleitungen) weiter auszubauen. Auf dieser Ebene sind bisher bei der EIOPA zwei von sechs und bei ESMA eine von sieben Positionen mit Deutschen besetzt.

7.1.4. Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Geschäftsführender Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism, ESM) ist der Deutsche Klaus Regling, der am 20. Februar 2017 für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren im Amt bestätigt wurde. Ein weiteres Mitglied des insgesamt sechsköpfigen ESM-Vorstands ist der Deutsche Rolf Strauch. Damit ist Deutschland mit einem Drittel der Mitglieder im Vorstand gut vertreten. Aktuell hat der ESM 165 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon etwa 30 Deutsche. Im Jahr 2017 soll der Personalstamm auf 177 Beschäftigte aufgestockt werden. Einstellungen erfolgen beim ESM ausschließlich auf Basis von fachlicher Qualifikation, es bestehen keine Länderquoten. Neben Angehörigen der Eurostaaten arbeiten auch zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Nicht-Eurostaaten sowie aus außereuropäischen Ländern beim ESM.

7.1.5. Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (SRB)

Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (SRB) ist die zuständige europäische Abwicklungsbehörde für in der Eurozone niedergelassene Banken. Er ist insbesondere zuständig für die Erstellung von Abwicklungsplänen und für Beschlüsse im Zusammenhang mit einer Restrukturierung bzw. Abwicklung von Banken und Bankengruppen. Vorsitzende des SRB ist die Deutsche Elke König, die zuvor Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war. Zwei weitere Deutsche besetzen Positionen der ersten Führungsebene. Der Personalstamm des SRB wird kontinuierlich aufgestockt. Derzeit läuft ein umfassendes Rekrutierungsprogramm. Ende 2017 soll der SRB ca. 350 Personen beschäftigen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden – mit Aussicht auf eine permanente Übernahme – zunächst mindestens zweimal befristet eingestellt. Der deutsche Personalanteil lag Ende 2016 bei knapp 10 Prozent und bei den entsandten nationalen Experten bei über 20 Prozent. Das Bundesministerium der Finanzen und die weiteren deutschen Finanzinstitutionen verfolgen das Ziel, den SRB weiterhin mit qualifiziertem deutschem Personal zu unterstützen.

7.2. Internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen

7.2.1. Internationaler Währungsfonds (IWF)

Im erweiterten Managementbereich des IWF ist Deutschland insgesamt überdurchschnittlich stark repräsentiert und gerade auf den B 4-Positionen (direkt unter den Abteilungsleitern) mit sieben von 65 Positionen besonders gut (10,8 Prozent) und auch an strategisch wichtigen Positionen vertreten. Deutschland stellt hier nach den USA (19 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (11 Prozent) den prozentual drittgrößten Anteil (vor Indien mit 5,8 Prozent). Deutschland hat seinen Personalanteil in diesem Segment über die Jahre kontinuierlich gesteigert und in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Im Bereich A 9 bis A 15 ist Deutschland hingegen unterrepräsentiert und der deutsche Personalanteil seit Mitte der 2000er Jahre rückläufig. Deutschland stellte in diesem Segment 2015 mit 3,7 Prozent hinter den USA (16,6 Prozent), China (5,1 Prozent), Frankreich (4,5 Prozent) und Indien (4,6 Prozent) prozentual den fünftgrößten Anteil.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der IWF kontaktiert deutsche Universitäten im Rahmen seiner Anwerbungsbemühungen für junge Ökonominnen und Ökonomen. 2016 bereiste das IWF Recruiting Team in Deutschland die Universitäten Bonn und Frankfurt/Main, um Interessierte über das Economist Program zu informieren. Auch das deutsche IWF-Büro informiert seine Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in deutschen Universitäten regelmäßig über Einstiegsmöglichkeiten für Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie für Promovierende.

7.2.2. Weltbankgruppe (WBG)

Der Anteil der deutschen Beschäftigten im internationalen Stab der WBG liegt bei 3,8 Prozent und ist damit seit Jahren in etwa stabil. Seit Ende des Geschäftsjahres 2015 stieg die Zahl der deutschen Beschäftigten absolut um 14 Personen von 210 auf 224. Unter Berücksichtigung der Berater arbeiten damit derzeit knapp 500 Deutsche bei der WBG.

Im höheren Management ist Deutschland stärker vertreten als im Stab insgesamt. In der Führungsriege der WBG arbeiten eine deutsche Managing Director (Caroline Heider, Generaldirektorin der Independent Evaluation Group, IEG) sowie drei deutsche Vizepräsidenten (Dr. Hartwig Schäfer, Grundsatzabteilung; Dr. Jan Walliser, Leitung der projektführenden Abteilungen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Wirtschaftsentwicklung, Makroökonomie und Regierungsführung; Dr. Hans-Peter Lankes, Vizepräsident Economics & Private Sector Development bei der International Finance Corporation). Die Anzahl deutscher Direktorinnen und Direktoren liegt bei zwölf (Vorjahr: 14), der deutsche Personalanteil auf dieser Ebene damit bei 5,4 Prozent (zuvor 5,9 Prozent). Derzeit sind sechs deutsche JPOs in der WBG im Einsatz. Alle der im Berichtszeitraum zur Übernahme anstehenden JPOs erhielten einen Anschlussvertrag, 80 Prozent davon einen regulären Stabsvertrag.

Der Frauenanteil beim deutschen Personal steigerte sich leicht auf 37,5 Prozent (Juli 2015: 36,7 Prozent). In der Weltbankgruppe insgesamt beträgt der Frauenanteil beim internationalen Personal 40,9 Prozent.

Die in der Gesamtschau der vergangenen Jahre insgesamt positive Entwicklung (Erhöhung des Anteils bei den höherrangigen Positionen bei insgesamt stabilem Personalanteil) in der Weltbankgruppe ist auch auf die deutschen Personalförderprogramme, die Aktivitäten des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bemühungen der deutschen Exekutivdirektorin Ursula Müller (bis März 2017) zurückzuführen.

7.2.3. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Traditionell stellen die USA und Japan als größte Beitragszahler zwei der vier stellvertretenden Generalsekretäre. Deutschland war von Oktober 2014 bis April 2016 auf dieser Ebene durch den ehemaligen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Stefan Kapferer, vertreten. Am 31. Dezember 2016 war Deutschland mit drei Personen auf A 7-Ebene, mit zwei Personen auf A 6-Ebene, und mit zehn Personen auf A 5-Ebene[4] vertreten. Damit ist die deutsche Präsenz im Führungsbereich der OECD im Berichtszeitraum leicht gestiegen.

Ende 2016 waren von den 3.369 Beschäftigten aller Laufbahnen 213 Deutsche. Dies entspricht einer Quote von 6,3 Prozent. Im vergleichbaren höheren Dienst, den sogenannten A-Graden, sind 140 Stellen mit Deutschen besetzt (8,5 Prozent).

2015 waren von 31.917 externen Bewerberinnen und Bewerbern auf A-Grade-Posten 1.162 Deutsche, was einem Prozentsatz von 3,6 Prozent entspricht. Bei den Bewerbungen für A-Grade liegt Deutschland damit auf Rang 7, bei den tatsächlichen Job-Angeboten aber an erster Stelle.

Der Anteil von nicht in Deutschland ansässigen Deutschen an den A-Grade Bewerbungen ist mit über 40 Prozent vergleichsweise hoch.

[4] OECD, Europarat, NATO, Europäische Weltraumagentur (ESA) und Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) gehören zu den sogenannten Koordinierten Organisationen, die sich in einem gemeinsamen Koordinierungsausschuss zur Regelung ihres Dienstrechts zusammengeschlossen haben. Die Besoldungsgruppen A 5, A 6 und A 7 decken in etwa die Besoldungsgruppen A16 bis B9 im deutschen öffentlichen Dienst ab.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die OECD hat das Instrument der Framework Agreements zum Personalaustausch oder der Personalgewinnung weiter ausgebaut. Hierzu zählen etwa das Junior Professional Officers (JPO)-Programm sowie das Austauschprogramm des Auswärtigen Amtes mit der OECD. Im Jahr 2016 waren fünf deutsche JPOs bei der OECD beschäftigt sowie ein Beamter des Auswärtigen Amts an die OECD und ein OECD-Beamter ans Auswärtige Amt abgeordnet.

7.2.4. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler der ILO und ebenso der drittgrößte Personalsteller. Bei den durch das reguläre Budget finanzierten Stellen liegt DEU im Sollstellenrahmen (Berechnung auf der Basis des deutschen Pflichtbeitrags zum ILO-Budget) und wird daher bei Einstellungen nicht bevorzugt behandelt. Der Pflichtanteil Deutschlands am regulären Budget der ILO ist zudem in den letzten Jahren aufgrund gestiegener absoluter Beitragszahlungen anderer Länder (insb. Chinas und Russlands) gesunken. Längerfristig ist demnach in Verbindung mit der gegenwärtigen Sparpolitik und der Deckelung des ILO-Personalgesamtbestands eher mit einem Rückgang deutschen Personals zu rechnen.

Derzeit arbeiten 44 Deutsche in institutionell-formellen Beschäftigungsverhältnissen, das entspricht einer Quote von 5,5 Prozent. Davon sind 27 Personen in Leitungspositionen eingesetzt (ab P 5, d. h. dritte Führungsebene); das entspricht einem Anteil von 6,3 Prozent auf dieser Ebene. Im Spitzenmanagement ist Deutschland mit einem Assistant Director General (Regionaldirektor für Europa und Zentralasien) vertreten; diese Stelle wird traditionell mit einem Deutschen besetzt. Auf der zweiten Führungsebene (D 2, D 1) sind zwei Deutsche in D 1-Positionen; bis Ende 2016 war zudem eine D 2-Position mit einem Deutschen besetzt.

Positiv verläuft das starke Engagement Deutschlands im Bereich der Nachwuchsförderung, v. a. die hohe Quote an deutschen Junior Professional Officers mit erfahrungsgemäß hohen Übernahmechancen. Als JPO arbeiten derzeit sieben Deutsche bei der ILO, was etwa einem Viertel aller JPOs bei der ILO entspricht. Diese hohe Quote sollte dazu beitragen, auch längerfristig den deutschen Führungskräftenachwuchs bei der ILO sicherzustellen.

Botschafter Dr. Ulrich Seidenberger, stellvertretender Leiter der Ständigen Vertretung Deutschlands beim Büro der Vereinten Nationen in Genf, wurde im Juni 2016 zum Vorsitzenden des ILO-Verwaltungsrats für die Periode 2016-17 gewählt.

7.2.5. Welthandelsorganisation (WTO)

Bei der Welthandelsorganisation (WTO) ist Deutschland seit Oktober 2013 mit dem deutschen stellvertretenden Generaldirektor (DDG), Dr. Karl-Ernst Brauner, sehr hochrangig vertreten. Die Amtszeit der stellvertretenden Generaldirektoren läuft parallel zur vierjährigen Amtszeit des Generaldirektors bis September 2017; eine zweite Amtszeit bis September 2021 ist möglich. Über die Besetzung wird nach der Wahl des Generaldirektors entschieden.

Nach dem Weggang des deutschen Leiters der Zentralabteilung, Tristan Bauswein, Anfang 2015 ist Deutschland nicht mehr auf Direktorenebene vertreten. Die Spitzen-positionen sind in der WTO sehr gleichmäßig verteilt, nur vier Staaten – Brasilien, USA, Nigeria und Australien – sind mit mehreren Mitarbeitern in der WTO-Leitung vertreten.

Deutschland ist mit 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (davon 22 im vergleichbaren höheren Dienst, ab Grade 6) im WTO-Sekretariat vertreten (knapp 5 Prozent). Deutschland ist damit im Vergleich zu anderen Hauptbeitragszahlern im vergleichbaren höheren Dienst weiterhin gut vertreten und liegt hinter Frankreich, USA, Spanien, Vereinigtem Königreich sowie Kanada an sechster Stelle.

2015 bewarben sich auf die 34 ausgeschriebenen Stellen des vergleichbaren höheren Dienstes 111 deutsche Bewerberinnen und Bewerber. Obwohl Deutschland bei der Anzahl der Bewerbungen nur auf Rang 11 lag, waren am Ende drei dieser Bewerbungen erfolgreich und es wurden damit fast 10 Prozent der ausgeschriebenen Stellen mit Deutschen besetzt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. Deutscher Personalanteil in internationalen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen

Viele der über 400 bestehenden internationalen Organisationen haben einen sehr spezifischen Auftrag und arbeiten auf hoch spezialisiertem Gebiet. Die deutsche Beteiligung an internationalen Forschungsinstitutionen sichert den Zugang zu weltweit führenden Forschungsinfrastrukturen für die deutsche Wissenschaft und macht mittelbar auch Deutschland zu einem attraktiven Standort für die besten Forscher aus aller Welt. Dies stärkt nicht zuletzt die Innovationsorientierung der Grundlagenforschung und fördert strategische Partnerschaften mit der Wirtschaft. Dieser Bericht betrachtet die deutsche personelle Präsenz bei einer Reihe internationaler Wissenschafts- und Forschungsorganisationen. Die Auswahl erfolgte unter dem Aspekt der Bedeutung ihrer Tätigkeit für die Bundesregierung und die jeweiligen nachgeordneten Fachinstitutionen.

8.1. Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)

Die deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen einen Anteil von 7,1 Prozent am Gesamtpersonalbestand von 2.525 Beschäftigten aus, wobei die meisten Stellen davon im vergleichbar höheren Dienst besetzt sind, wo die Quote bei vergleichsweise guten 12,8 Prozent liegt. Gemessen am deutschen Finanzierungsanteil von 20,5 Prozent ist diese Quote noch weiter steigerungsfähig.

8.2. Europäische Weltraumorganisation (ESA)

Seit 1. Juli 2015 besetzt Deutschland mit Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner den Posten des Generaldirektors der ESA. Daneben stellt Deutschland mit Dr. Rolf Densing seit 1. Januar 2016 den ESA-Direktor für Missionsbetrieb und Leiter des Raumfahrtkontrollzentrums (ESOC) in Darmstadt.

2015 beschäftigte die ESA 2.266 hochqualifizierte Mitarbeiter aus allen Mitgliedsstaaten – Wissenschaftler, Ingenieure, IT-Spezialisten und Verwaltungsangestellte. Deutschland steht mit einem Anteil an den Bediensteten von 19,4 Prozent an zweiter Stelle hinter Frankreich (22,2 Prozent), knapp gefolgt von Italien (18,5 Prozent), dem Vereinigten Königreich (10,3 Prozent) und Spanien (8,9 Prozent). Als größter Beitragszahler mit einem Finanzierungsanteil von 25,2 Prozent ist es Deutschland ein Anliegen, seine Personalpräsenz bei der ESA auszubauen und die hohe Zahl der Altersabgänge bis 2025 aufzufangen.

Es wurden bereits verschiedene ESA-interne sowie nationale Maßnahmen getroffen. Deutsche Bewerbungen weisen eine besonders hohe Erfolgsquote auf. Während Deutschland 2015 7,3 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber stellte, belief sich die Einstellungsquote auf 27,4 Prozent. Des Weiteren wurde das Instrument zur Förderung der deutschen Personalentwicklung bei der ESA, das German Trainee-Programme (GTP), durch zusätzliche Mittel erheblich gestärkt. Angesichts der genannten Rahmenbedingungen (Altersabgänge und Kündigungen) wird eine nachhaltige Steigerung des Personalanteils voraussichtlich eher längerfristig zu erreichen sein.

8.3. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

Der Anteil deutscher Beschäftigter in der IAEA ist bei regulären Stellen des vergleichbaren höheren Dienstes mit 4 Prozent (2014: 3,8 Prozent) leicht gestiegen. Gemessen am deutschen Anteil von 7 Prozent am Haushalt der IAEA wäre der Personalanteil aber noch steigerungsfähig.

Die Bundesregierung ist bestrebt, in der IAEA auch auf höherer Führungsebene vertreten zu sein. Aufgrund der zum Teil stark wissenschaftlich-technischen Ausrichtung ist der in Frage kommende Bewerberkreis allerdings begrenzt. Die schwerpunktmäßig involvierten Ressorts (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) suchen aktiv potentiell geeignete deutsche Kandidatinnen und Kandidaten; konkrete Bewerbungen werden gegenüber dem Sekretariat aktiv unterstützt. Perspektivisch sollen bei der Werbung für eine Tätigkeit bei der IAEA die breiten Tätigkeitsfelder der Organisation, die u.a. den Einsatz von Nukleartechnologie in Medizin, Ernährungswissenschaften und dem Umweltbereich umfassen, noch stärker bekannt gemacht werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8.4. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Deutschland ist als drittwichtigster Beitragszahler zum regulären UNESCO Haushalt (nach Japan und China) personell angemessen vertreten. Die Zahl der Deutschen auf Posten, die der geographischen Quotenberechnung unterliegen, lag zum Stichtag 31. Dezember 2016 bei 20 von 628. Damit liegt Deutschland genau im Korridor angemessener Repräsentanz (zwischen 15 und 25). 18 von 195 Ländern (u.a. Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark und Belgien) sind über-, 68 sind unterrepräsentiert (darunter die USA). Unter Einbeziehung der sogenannten nicht-geographischen Posten, zu denen auch die Bediensteten der UNESCO-Institute IIEP und UIL sowie das IHE Delft zählen, ist die Zahl der deutschen Bediensteten mit 49 im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Nach der Pensionierung eines langjährigen deutschen Assistant Director General wurden eine D 2 und zwei D 1-Positionen durch deutsche Staatsangehörige besetzt. (Dr. Mechthild Rössler, Direktorin des Welterbezentrums und der Division for Heritage (D2); Prof. Dr. Stefan Uhlenbrook, Koordinator des World Water Assessment Programme (WWAP) in Perugia; Axel Plathe, Direktor der Division of Field Support and Coordination.) Zudem ist Dr. Fritz Holzwarth Direktor a. i. des Institute for Water Education in Delft.

Von hoher Sichtbarkeit ist das Wahlamt des Vorsitzenden des UNESCO-Exekutivrates, in das Botschafter Dr. Michael Worbs am 17. November 2015 ad personam für zwei Jahre gewählt wurde. Die Leitung dieses Steuerungsgremiums der UNESCO ist damit zum zweiten Mal in der 70-jährigen Geschichte der Organisation einem Deutschen anvertraut.

8.5. Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO)

Die Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO, kurz auch: Europäische Südsternwarte) mit Sitz in Garching ist die führende europäische Organisation für bodengebundene astronomische Forschung. Der deutsche Personalanteil in der ESO ist sehr gut. So sind 29,6 Prozent der Gesamtbelegschaft und 27,1 Prozent (105 Personen) im vergleichbaren höheren Dienst Deutsche. In den Spitzenpositionen sind einer von insgesamt fünf Direktorenposten sowie einige wichtige Leitungsfunktionen mit deutschem Personal besetzt. Der deutsche Personalanteil liegt über der deutschen Finanzierungsquote.

8.6. Institut Laue-Langevin (ILL)

Deutschland trägt 25,4 Prozent des Gesamtbudgets des internationalen Forschungszentrums Institut Laue-Langevin (ILL) in Grenoble (Frankreich).

Im Berichtszeitraum waren 45 deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim ILL beschäftigt; dies entspricht einem Anteil von 9,2 Prozent. Die Leitung des Instituts ist mit Prof. Dr. Helmut Schober deutsch besetzt. Gemessen am deutschen Finanzierungsanteil wäre der deutsche Personalanteil noch weiter steigerungsfähig. Die deutschen Vertreter im Lenkungsausschuss (Steering Committee) haben die Besetzung von wissenschaftlichen Leitungspositionen stets im Blick und werden auch in Bezug auf Kandidatenvorschläge aktiv.

8.7. Europäische Synchrotron-Strahlungsanlage (ESRF)

Die European Synchrotron Strahlungsanlage (ESRF) ist eine multinationale Großforschungseinrichtung mit Sitz in Grenoble (Frankreich). Sie betreibt Europas stärkste Synchrotron-Strahlungsquelle und damit eines der drei stärksten Synchrotrone der Welt. Der Finanzierungsanteil Deutschlands beträgt 24 Prozent. Der deutsche Personalanteil liegt bei 7,5 Prozent bei einem Gesamtpersonalbestand von 761 Beschäftigten. Bei den Spitzenpositionen sind einer von insgesamt vier Direktorinnen- bzw. Direktorenposten sowie einige wichtige Leitungsfunktionen mit deutschem Personal besetzt. Der deutsche Personalanteil ist weiter steigerungsfähig.

8.8. Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL)

Das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL) ist eine internationale Forschungsorganisation mit Hauptsitz in Heidelberg sowie weiteren Stellen in Hamburg, Hinxton (Vereinigtes Königreich), Grenoble

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

(Frankreich) und Monterotondo (Italien). 25 Prozent der Beschäftigten des EMBL sind Deutsche. Dieser Anteil setzt sich aus dem Anteil der deutschen Festangestellten von rund 21 Prozent und dem Anteil der deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Dienstleistungsaufgaben von sogar rund 73 Prozent zusammen. Auch die berücksichtigten deutschen Stipendiatinnen und Stipendiaten am EMBL stellen konstant einen Anteil von rund 18 Prozent.

In der höheren Führungsebene (Ebene der Direktorinnen und Direktoren, Abteilungsleiterinnen und -leiter) werden 56 Prozent der 18 Positionen von Deutschen bekleidet. Somit ist Deutschland der am stärksten vertretene Staat im Führungsbereich und besetzt Schlüsselpositionen wie das Amt des Verwaltungsdirektors des EMBL. Auf der mittleren Ebene sind 31 von 111 Personen und somit 28 Prozent Deutsche.

B. Spezifische Bemühungen zur Erhöhung des Personalanteils in ausgewählten internationalen Organisationen

1. Systematischer Aufbau von VN-Expertise im Auswärtigen Amt

Der deutsche Personalanteil in den Vereinten Nationen insgesamt ist in den letzten Jahren im Großen und Ganzen konstant geblieben. So liegt etwa die Quote im VN-Sekretariat weiterhin bei ca. 3,8 Prozent. In anderen VN-Organisationen ist deutsches Personal unterschiedlich stark präsent. Organisationen, in denen Deutschland besonders stark vertreten ist, sind z. B. das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) mit 6,8 Prozent, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) mit 9 Prozent oder die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) mit 8,9 Prozent. Zum Beispiel beim Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS (UNAIDS) mit 1,1 Prozent oder in der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) mit 1,3 Prozent ist deutsches Personal weniger stark vertreten.

Um insbesondere bei den Spitzen- und Schlüsselpositionen im VN-System langfristig erfolgreich zu sein, ist es auch wichtig, die VN-Expertise in den Bundesressorts und insbesondere im Personalkörper des Auswärtigen Amt mittel- bis langfristig noch systematischer und strategischer aufzubauen. Das Auswärtige Amt entsendet in dieser Absicht seit 2016 wieder regelmäßig jährlich ein bis zwei dienstjüngere Beschäftigte des Auswärtigen Amts in Kernbereiche des VN-Systems. Nach Rückkehr sollen diese in einer Anschlussverwendung an der jeweiligen Auslandsvertretung oder in der Zentrale des Auswärtigen Amts eingesetzt werden.

Zusätzlich erhalten jedes Jahr zwei bis drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Attachéausbildung im Rahmen ihrer Ausbildung die Möglichkeit, eine mehrwöchige Stage bei einer internationalen Organisation zu absolvieren. Bereits diese verhältnismäßig kurzen Aufenthalte tragen erfahrungsgemäß dazu bei, dass die Beschäftigten des Auswärtigen Amts wertvolle VN-Erfahrung sammeln, an die sie später anknüpfen können.

2. Erhöhung des Personalanteils in der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Der positive Trend und der kontinuierliche Anstieg des deutschen Personalanteils insbesondere im mittleren Management bei der WHO haben sich im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt. Deutschland stellt derzeit drei Leiterinnen und Leiter von WHO-Länderbüros, nachdem mehrere Jahrzehnte lang keine Leitung eines Länderbüros von Deutschen besetzt war. Auch der Anteil von Beschäftigten in Führungspositionen auf P 6- und D 1/D 2-Level konnte in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut werden. Inzwischen gibt es zehn Deutsche auf den Ebenen P 6 bis D 2. Hinzu kommen 29 Beschäftigte auf Ebene P 5.

Ende 2016 waren insgesamt 93 Deutsche bei der WHO beschäftigt. Damit ist Deutschland sogar oberhalb der Soll-Marge von 63 bis 86 Stellen in der WHO repräsentiert. Zum Anstieg der Zahl der deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der WHO hat auch das JPO-Programm (Junior Professional Officers) der Bundesregierung beigetragen.

Zum Vergleich: Ende 2006 war Deutschland mit insgesamt 60 Personen noch unterrepräsentiert. Die Zahlen verdeutlichen: Innerhalb von zehn Jahren ist es gelungen, den Anteil von deutschen Beschäftigten quantitativ und qualitativ bis ins mittlere Management deutlich zu verbessern. Damit sind deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WHO für die anstehende Pensionierungswelle nun gut positioniert: Prognosen der WHO gehen davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren etwa 15 Prozent der Beschäftigten in den Ruhestand eintreten wer-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

den. Auch die schrittweise Einführung einer verpflichtenden geographischen Mobilität sowie umfassende strukturelle Reformen in der Organisation, vor allem im Ausbruchs- und Notfallbereich, werden mittelfristig zu deutlicher Bewegung im Personalkörper der WHO führen.

Für die deutschen WHO-Beschäftigten werden sich so absehbar Beförderungschancen bieten, so dass sich der positive Trend bei der deutschen Personalpräsenz in den kommenden Jahren auch in die Führungsebene der WHO hinein fortentwickeln dürfte. So werden sich absehbar nach der Wahl zur Nachfolge der Generaldirektorin der WHO im Mai 2017 Chancen für die gezielte Platzierung qualifizierter deutscher Kandidatinnen und Kandidaten ergeben.

Hierfür hat sich Deutschland gut positioniert. Deutschland genießt derzeit einen hervorragenden Ruf als einer der führenden Akteure im Bereich der globalen Gesundheitspolitik (u.a. im Rahmen der G20-Präsidentschaft mit dem Schwerpunkt Gesundheit – Deutschland wird das erste G20-Gesundheitsministertreffen im Mai 2017 ausrichten). Die Besetzung einer Assistant Director General (ADG)-Position ist daher ein zentrales Ziel der aktuellen Personalpolitik bei der WHO.

3. Entsendung von Polizistinnen und Polizisten in internationale Einsätze – Anpassung an veränderte Anforderungen

Im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen („AG IPM“) ist die Bundesregierung mit 202 Beamtinnen und Beamten der Polizei von Bund und Ländern sowie der Bundeszollverwaltung in sechs Friedens- und Beratungsmissionen der Vereinten Nationen, in neun Missionen der Europäischen Union sowie in einer OSZE-Mission, mit dem bilateralen Polizeiprojekt GPPT Afghanistan und in drei FRONTEX-Einsätzen an den europäischen Außengrenzen (Schwerpunkte Griechenland, Italien, Bulgarien) engagiert. Außerdem werden in weiteren Ländern Bundespolizistinnen und Bundespolizisten im Rahmen von FRONTEX-Operationen kurzfristig eingesetzt. Ziel ist es, dieses Engagement aufrecht zu erhalten bzw. bei entsprechendem internationalem Bedarf und Verfügbarkeit geeigneten Personals noch weiter auszubauen.

Im Berichtszeitraum haben sich zwei Faktoren, die die Entsendung von Polizistinnen und Polizisten maßgeblich beeinflussen, signifikant verändert: Zum einen ist in den zivilen Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU die Anzahl des internationalen Personals deutlich zurückgegangen. Die EU setzt immer weniger auf große, personalintensive Exekutiv- und Trainingsmissionen, sondern auf kleinere, strategisch ausgerichtete Beratungsmissionen auf Ebene der Sicherheitsministerien und obersten Polizeibehörden. Quantitativ nahm der Personalbedarf damit ab. Zum anderen stieg der Bedarf an Spezialistinnen und Spezialisten und Führungskräften jedoch deutlich. Die Maßnahmen der Personalgewinnung und der Vorbereitung wurden entsprechend an die neuen Anforderungen angepasst.

Eine ausführliche Darstellung des Engagements der Bundesregierung in diesem Bereich findet sich auch in der „Unterrichtung des Deutschen Bundestages über das deutsche Engagement beim Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in internationalen Polizeimissionen 2016“, die am 10. Mai 2017 von der Bundesregierung beschlossen wurde.

4. Strategische Vorbereitung von Angehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung (und des zugehörigen Geschäftsbereichs) auf internationale Verwendungen

Im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) wird jährlich eine mittelfristige Besetzungsstrategie für Spitzenpositionen bei internationalen Organisationen erstellt und umgesetzt. Sie ist maßgebliche Grundlage zur frühzeitigen Identifizierung und Entwicklung potentieller Kandidatinnen und Kandidaten; die Kandidaturen auf diese Spitzenpositionen werden halbjährlich abteilungsübergreifend auf Führungsebene abgestimmt. Die Einbindung der für die internationalen Organisationen fachlich zuständigen Referate („Patenreferate“) zur Informationsgewinnung und Koordination von Bewerbungen auf relevante Stellen auch unterhalb der Spitzenpositionen hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Zur Verbesserung der Kommunikation nach innen und außen, zur Verdeutlichung der Bedeutung der Entsendung leistungsstarken Personals sowie einer reibungsfreien Aufnahme der Zurückkehrenden fungieren zudem die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter der fachlich zuständigen Referate als „Patinnen“ oder „Paten“ für die jeweiligen zu betreuenden internationalen Organisationen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die im Besetzungsinteresse des BMVg liegenden Posten werden intern ausgeschrieben und geeignete Kandidatinnen und Kandidaten aktiv angesprochen. Im BMVg und im nachgeordneten Bereich finden turnusmäßig Informationsveranstaltungen zu Verwendungen im internationalen Bereich unter Mitwirkung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt, die sich aktuell in einer internationalen Verwendung befinden oder gerade zurückgekehrt sind.

Zur gezielten Vorbereitung und Qualifizierung auf die Bewerbungsverfahren im internationalen Bereich wird quartalsmäßig ein Bewerbertraining angeboten. Die Teilnahme an Sprachlehrgängen, internationalen Seminaren, Lehrgängen und Fachtagungen an etablierten ausländischen Bildungseinrichtungen wird gefördert.

5. Entsendung von Justizbeamtinnen und -beamten zu internationalen Organisationen und in internationale Friedenseinsätze – Maßnahmen zur Erhöhung des deutschen Personalanteils

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) bemüht sich neben der Besetzung von Spitzenpositionen um Stärkung des Mittelbaus bei Internationalen Organisationen und um die Nachwuchsförderung. Hierzu werden regelmäßig Stellenausschreibungen für Positionen bei internationalen Organisationen in den Hausnachrichten veröffentlicht.

Das BMJV steht im regelmäßigen Austausch mit den Landesjustizverwaltungen, um den Anteil von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten insbesondere in Friedensmissionen und speziell im Bereich Rechtsstaatlichkeit zu steigern. Im Rahmen einer zweitägigen, von Nordrhein-Westfalen ausgerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe im November 2016 warben BMJV und Auswärtiges Amt gegenüber den Leiterinnen und Leitern der Personalreferate der Landesjustizverwaltungen nachdrücklich für diese Missionen und unterstrichen das gesamtstaatliche Interesse von Bund und Ländern an einer Teilnahme.

Deutlich wurde dabei, dass eigene Kapazitätsgrenzen und fehlende personalwirtschaftliche Spielräume der Bundesländer das größte Hindernis für ein stärkeres Engagement der Länder in diesem Bereich sind. Das BMJV sagte zu, die Landesjustizverwaltungen noch gezielter über relevante Positionen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei internationalen Organisationen zu informieren und die entsprechenden Stellenausschreibungen systematischer für interessierte Bewerberinnen und Bewerber aufzuarbeiten.

6. Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) – Personalerfolge beim Aufbau einer internationalen Organisation

Im Januar 2016 wurde in Peking die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) eröffnet. Die Bank hat 57 regionale und nichtregionale Gründungsmitglieder, darunter Deutschland.

Deutschland stellt mit Nikolai Putscher den Exekutivdirektor der Eurozonen-Stimmrechtsgruppe im Direktorium der Bank und hat eine starke Stimme, insbesondere auch durch aktives, frühzeitiges Einbringen deutscher Positionen in die Diskussion zu wesentlichen Strategien der Geschäftspolitik. Um deutsche Interessen beim Aufbau und bei der Ausgestaltung der Geschäftspolitik erfolgreich einbringen zu können, ist darüber hinaus eine angemessene deutsche Personalpräsenz im Personalkörper der Bank von großer Bedeutung.

Deutschland war mit der Auswahl Joachim von Amsbergs als einem von fünf Vizepräsidenten der Bank erfolgreich. Von Amsberg verantwortet den – gerade in der Aufbauphase – überaus wichtigen Bereich Strategie und Politik der AIIB.

Auch über die Vizepräsidentenposition hinaus stellt sich die Personallage für Deutschland in der AIIB sehr günstig dar. Deutschland stellt den Generaldirektor für Risikomanagement sowie den stellvertretenden Generaldirektor im Justiziariat der Bank. Zusammen mit weiteren Beschäftigten auf Arbeitsebene liegt der deutsche Personalanteil in der Bank bei 5,6 Prozent, bei einer Personalstärke von 86 Personen (Stand: Februar 2017) und einem Kapitalanteil von 4,5 Prozent.

Die Herausforderung in den nächsten Jahren, in denen die Bank stark Personal aufbauen wird, wird eine kontinuierliche Begleitung weiterer deutscher Bewerberinnen und Bewerber auf ihrem Weg in die AIIB sein, um den deutschen Personalanteil weiter steigern zu können.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) – Personalwerbung unter schwierigen Rahmenbedingungen

Derzeit sind 13 Deutsche bei der OVCW beschäftigt. Der höchstrangige Mitarbeiter hat den Rang P 5 (Referatsleiter zuständig für die Erklärungen der Vertragsstaaten nach dem Chemiewaffenübereinkommen). Angesichts der politischen Bedeutung des Themas und der vielfältigen deutschen Beiträge zum Chemiewaffenübereinkommen (wie etwa die Übernahme aller verbliebenen libyschen Chemiewaffenreste zur sicheren und umweltgerechten Vernichtung in Deutschland 2016), hat Deutschland auch ein Interesse, personell angemessen in der OVCW vertreten zu sein.

Die deutsche Personalpolitik steht hier allerdings vor mehreren besonderen Herausforderungen: Bei der Stellenbesetzung beachtet die OVCW regionale Proporzregeln. Eine hohe Zahl verantwortlicher Positionen in der OVCW ist gegenwärtig mit Personen aus der westlichen Staatengruppe besetzt. Dies erschwert Neubesetzungen mit deutschen Kandidatinnen und Kandidaten. Zudem befristet die OVCW als sogenannte Non-Career-Organisation die Beschäftigungsmöglichkeit für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich auf maximal sieben Jahre. Insgesamt halten entsprechend qualifizierte Deutsche die Bedingungen in Forschung und Privatwirtschaft derzeit oft für attraktiver als in der OVCW. So bewerben sich nur wenige Deutsche auf geeignete Stellen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen hat die Ständige Vertretung Deutschlands bei der OVCW in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen, um mehr deutsches Personal für die OVCW zu gewinnen. So wurden die Bewerberinformation und -beratung auf verschiedenen Ebenen verstärkt und die Gesprächskontakte in die Organisation hinein intensiv genutzt, um auch personalpolitische Themen anzusprechen.

Die Besetzung einer (befristeten) D2-Position im OVCW-UN-Gremium zur Untersuchung von Chemiewaffeneinsätzen in Syrien, Joint Investigative Mechanism, mit Botschafter a. D. Eberhard Schanze auf Vorschlag des OVCW-Generaldirektors im Jahr 2016 ist ein sichtbarer Erfolg dieser kontinuierlichen Arbeit auf verschiedenen Ebenen

Zu berücksichtigen ist des Weiteren die deutsche Präsenz in den Beratungsgremien der OVCW. 2016 platzierte Deutschland erstmals (und als einziges Land neben den USA) eigene Staatsangehörige in allen vier Gremien: Im wissenschaftlichen Beratungsgremium (SAB) und im neu gegründeten Advisory Board on Education and Outreach (ABEO), im Beratungsgremium für administrative und finanzielle Fragen sowie in der Vertraulichkeitskommission der Vertragsstaatenkonferenz. Damit sind nun auch die deutsche Wirtschaft und Wissenschaft über den Verband der Chemischen Industrie (im SAB) und die Gesellschaft Deutscher Chemiker (im ABEO) direkt mit eigenen Mitgliedern in wichtigen Gremien der OVCW vertreten.

C. Förderung deutscher Bewerberinnen und Bewerber für internationale Organisationen und europäische Institutionen

1. Umfassendes Informationsangebot und gezielte Bewerbervorbereitung

Wichtigstes Informationsmedium über Stellenausschreibungen im internationalen Bereich ist der von der Koordinatorin für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt im Auftrag der gesamten Bundesregierung zur Verfügung gestellte Internationale Stellen- und Personalpool (www.jobs-io.de). Es sind Stellenangebote von über 300 internationalen Organisationen erfasst, und tagesaktuell werden jeweils rund 1.000 offene Stellenausschreibungen eingestellt. Für die Nutzerinnen und Nutzer ist eine besonders effiziente und zielgenaue Suche nach unterschiedlichsten Kriterien möglich. Die Zugriffszahlen auf das Portal sind trotz der positiven Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren stetig gestiegen (Besucherzahl: 2012: ca. 126.000, 2016: ca. 159.000 Besucherinnen und Besucher).

Das Team der Koordinatorin für Internationale Personalpolitik informiert Interessenten und Multiplikatoren durch Rundmails über Einstiegspositionen im Bereich der internationalen Organisationen, weist auf der Webseite regelmäßig auf die entsprechenden Auswahlverfahren in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen hin und bietet allgemeine Hinweise für das Erstellen von Bewerbungsunterlagen (www.diplo.de/jobs-io). In Abstimmung mit den Ressorts und den Auslandsvertretungen werden Bewerbungen gezielt unterstützt. Gemeinsam mit dem Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) der Bundesagentur für Arbeit bietet das Team der Koordinatorin für Internationale Personalpolitik Einzelgespräche und – im fortgeschrittenen Stadium einer IO-Bewerbung – auch Interviewtrainings an.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das Auswärtige Amt veranstaltet seit 2006 jährlich eine Informationsmesse („IO-Karrieremesse“), die Interessierten Gelegenheit bietet, sich im direkten Gespräch mit Vertretern internationaler Organisationen und europäischer Institutionen und im Rahmen von Präsentationen über Arbeitsinhalte, Rekrutierungs- und Beschäftigungsbedingungen sowie über nationale Nachwuchsförderprogramme zu informieren. Das ausgesprochen starke Interesse an dieser Veranstaltung – auf Aussteller- wie auf Besucherseite – hat im Berichtszeitraum weiter zugenommen. 1.800 Besuchertickets für die Messe im Januar 2017 waren bereits zwei Wochen vor dem Termin ausverkauft. Erneut waren zwei Drittel der Besucherinnen und Besucher von außerhalb Berlins angereist, was den überregionalen Charakter der Veranstaltung unterstreicht. Auch ist es gelungen, die Zusammensetzung der Besucherinnen und Besucher durch verstärkte und gezielte Ansprache von Zielgruppen so zu steuern, dass noch mehr Personen mit Berufserfahrung, insbesondere in stark nachgefragten Berufsfeldern (u.a. Natur- und Ingenieurswissenschaften, Medizin) sowie gezielt Frauen verstärkt angesprochen wurden. Beides entsprach dem ausdrücklichen Wunsch der meisten ausstellenden internationalen Organisationen.

Das Auswärtige Amt und seine Kooperationspartner, insbesondere das BFIO, halten regelmäßig Hochschulvorträge zu Beschäftigungsmöglichkeiten bei internationalen Organisationen und europäischen Institutionen und treten auf einschlägigen Berufs- und Karrieremessen sowie Veranstaltungen von Berufsverbänden mit Informationsständen und Vorträgen auf.

Im EU-Bereich bietet das Auswärtige Amt stark nachgefragte Vorbereitungsseminare und Coachings für Bewerberinnen und Bewerber bei den EU-Auswahlverfahren durch einen externen Dienstleister an. Beim Generalisten-Concours 2015 betrug die Quote der erfolgreichen deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer (trotz eines vergleichsweise niedrigen Bewerberanteils von nur 6,7 Prozent) 20,8 Prozent. Die Vorbereitungskurse und Coachings dürften wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Auch nach der erfolgreichen Teilnahme an den Auswahlwettbewerben unterstützen das Auswärtige Amt und die Ständige Vertretung bei der Europäischen Union die sogenannten Laureatinnen und Laureaten durch Informations- und Netzwerkveranstaltungen bei der Suche nach einer Stelle in den EU-Institutionen und helfen bei der persönlichen Vernetzung mit anderen EU-Bediensteten. In Zeiten von Personaleinsparungen in allen EU-Institutionen können die so aufgebauten Netzwerke entscheidend für den erfolgreichen Einstieg in die Beamtenlaufbahn sein.

An einer EU-Karriere Interessierte können auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes einen elektronischen Rundbrief abonnieren, der monatlich z.B. über Auswahlverfahren, Vorbereitungsseminare oder Stellenausschreibungen im EU-Zusammenhang informiert. Darüber hinaus wird vom Auswärtigen Amt umfangreiches Informationsmaterial zu EU-Karrieren hergestellt und an Universitäten und Interessierte verteilt.

Darüber hinaus werden die sogenannten EU Career Ambassadors gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) im Rahmen einer Projektförderung finanziert und unterstützt. Bei diesem Programm beraten Studenteninnen und Studenten, die vom Europäischen Amt für Personalauswahl, EPSO, ausgewählt und darauf vorbereitet werden, andere Studierende an ihren Universitäten oder z.B. auf dem Jahrestreffen der Career Service Netzwerks zu den Möglichkeiten einer EU-Karriere. Das Auswärtige Amt finanziert dieses EU-Programm größtenteils und hat es durch zusätzliche Netzwerk- und Evaluierungsveranstaltungen für die deutschen EU Career Ambassadors ergänzt.

Zur Vorbereitung auf das Nachwuchsexamen der Vereinten Nationen (Young Professionals Programme, YPP) hat das Auswärtige Amt in Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister von 2011 bis 2015 Vorbereitungsseminare angeboten, die regelmäßig ausgebucht und von den Teilnehmenden als sehr hilfreich bewertet worden waren. Die Seminare dürften ein Schlüsselfaktor für die hohe Erfolgsquote der deutschen Bewerberinnen und Bewerber gewesen sein. Seit 2016 können Deutsche aufgrund einer Neuberechnung der geographischen Quote bis auf weiteres nicht mehr am YPP teilnehmen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen

Als Kooperationspartner der Koordinatorin für Internationale Personalpolitik bearbeitet das BFIO im Jahresdurchschnitt ca. 2.800 Anfragen von deutschen Interessentinnen und Interessenten für eine Karriere in internationalen Organisationen – von der Hochschulabsolventin bis hin zur Führungskraft mit langjähriger international ausgerichteter Berufslaufbahn. Neben einem breiten schriftlichen Informationsangebot steht das BFIO auch für telefonische und persönliche Beratung zur Verfügung.

Im engen Zusammenwirken mit der Koordinatorin für Internationale Personalpolitik stellt das BFIO ein Bindeglied dar zwischen deutschen Bewerberinnen und Bewerbern auf der einen Seite und den Fachressorts der Bundesregierung sowie den deutschen Auslandsvertretungen auf der anderen Seite. Jährlich werden etwa 450 Bewerbungen von deutschen Führungskräften bei internationalen Organisationen begleitet. Die Zusammenarbeit zwischen den Auslandsvertretungen und dem BFIO zeigt insbesondere bei der Vorbereitung deutscher Bewerberinnen und Bewerber auf konkrete Auswahlgespräche gute Erfolge. Mit Blick auf die personalpolitischen Perspektiven von Deutschen bei internationalen Organisationen verfolgt das BFIO in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt die Strategie einer konsequenten Förderung und Entwicklung von Kandidatinnen und Kandidaten unterschiedlicher Fachgebiete und Hierarchieebenen.

Ein weiteres zentrales Aufgabenfeld des BFIO ist die operative Umsetzung des deutschen Junior Professional Officers-Programms im Auftrag der Bundesregierung. Das BFIO ist verantwortlich für die Werbung für das Programm, die Rekrutierung und Auswahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten, die Betreuung während der Programmdauer sowie die finanztechnische Administration.

2. Die Förderprogramme der Bundesregierung für den Nachwuchs bei internationalen Organisationen und europäischen Institutionen

2.1. Junior Professional Officer-Programm (JPO-Programm)

Das JPO-Programm ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung, um langfristig den deutschen Personalanteil in internationalen Organisationen zu erhöhen. Die Nachwuchskräfte werden international als Junior Professional Officers (JPOs) bzw. als Associate Experts (AE), früher auch als „Beigeordnete Sachverständige“ bezeichnet.

Das in der Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) liegende Nachwuchsförderprogramm ermöglicht es geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, fundierte Berufserfahrung in internationalen Organisationen zu erwerben. Dies erhöht ihre Chancen, sich im Anschluss an die zwei- bis dreijährige Förderung erfolgreich für ausgeschriebene Stellen bei internationalen Organisationen zu bewerben. Die Zahl derjenigen, die direkt nach ihrer JPO-Zeit Anschlussverträge erhielten, liegt im Durchschnitt der letzten Jahre bei über 80 Prozent. Das Auswärtige Amt wirkt maßgeblich an der Identifizierung geeigneter JPO-Stellen und der Kandidatinnen- und Kandidatenauswahl mit.

Zur Kontaktpflege zwischen JPOs und der Bundesregierung finden regelmäßige Netzwerkveranstaltungen sowohl in Berlin als auch an Hauptstandorten der internationalen Organisationen (New York, Genf, Rom) statt. Die Mittel für das Programm belaufen sich derzeit auf jährlich rund 21 Mio. Euro. Hiermit werden jährlich ca. 50-60 Stellen neu besetzt. Laufend sind es rund 170 Deutsche, die als JPOs tätig sind. Seit 1976 wurden mehr als 2.000 deutsche JPOs von der Bundesregierung gefördert.

2.2. Carlo-Schmid-Programm (CSP)

Das Carlo-Schmid-Programm wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Zusammenarbeit mit der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator durchgeführt. Das Programm bietet sehr gut qualifizierten Studierenden und Graduierten die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Praktikums mit den Problemstellungen und Arbeitsweisen in internationalen Organisationen und EU-Institutionen vertraut zu machen. Während des Praktikums sammeln die Stipendiatinnen und Stipendiaten wertvolle Erfahrungen, erweitern ihre interkulturelle Kompetenz und nutzen die Möglichkeit, sich wichtige berufliche Netzwerke aufzubauen. Dies alles verbessert die Voraussetzungen und Chancen für eine spätere Beschäftigung im internationa-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

len Bereich. Im Berichtszeitraum sind die Bewerberzahlen weiterhin gestiegen und liegen bei ca. 600 Bewerbungen pro Jahr. In den Jahren 2015 und 2016 konnten insgesamt 182 qualifizierte Studierende und Graduierte in internationale Organisationen und EU-Institutionen vermittelt werden. Das Carlo-Schmid-Programm wird überwiegend aus Mitteln des BMBF finanziert (Mittelansatz im Berichtszeitraum 832.000 Euro für 2015 bzw. 700.000 Euro für 2016) und durch die Stiftung Mercator gefördert. Das Auswärtige Amt sowie der Tönissteiner Kreis leisten aktive Hilfestellung bei der Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten vor Ort. Das Carlo-Schmid-Programm genießt bei Bewerbern, Ressorts und internationalen Organisationen sehr hohes Ansehen.

2.3. Mercator Kolleg für internationale Aufgaben

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Nachwuchsförderprogramm der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt. Ziel des Programms ist die Qualifizierung deutschsprachigen Personals für den Führungsnachwuchs in internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie die Qualifizierung von international denkenden und handelnden Nachwuchsführungskräften. Das Mercator Kolleg richtet sich an Graduierte aller Fachrichtungen mit erster praktischer Erfahrung im Bereich Internationaler Zusammenarbeit.

Jedes Jahr werden 20 exzellente deutsche Nachwuchsführungskräfte und Graduierte aller Fachrichtungen in das Mercator Kolleg aufgenommen und erhalten ein Stipendium, um sich auf den Berufseinstieg im internationalen Umfeld vorzubereiten. Während des 13-monatigen Programms arbeitet der Nachwuchs in zwei bis drei internationalen oder supranationalen Organisationen sowie global tätigen NGOs weltweit.

Die Stiftung Mercator finanziert das Kolleg seit 2009 mit jährlich rund 1 Mio. Euro. Ein hoher Anteil der ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeitet heute bei internationalen Organisationen, NGOs oder deutschen Institutionen in einem internationalen Kontext. Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben ist der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. Klaus Scharioth.

2.4. Ausgewählte weitere deutsche Nachwuchsförderprogramme

Einige Bundesministerien ermöglichen Absolventinnen und Absolventen der EU- und VN-Auswahlverfahren im Rahmen einer vorübergehenden Beschäftigung wichtige Berufserfahrungen bei der Umsetzung und Koordinierung der EU- bzw. VN-Politik zu sammeln (Laureatenprogramm).

Das EZ-Traineeprogramm ist ein Nachwuchsförderungsprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), welches die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt. Das EZ-Traineeprogramm führt die Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer an komplexe Koordinierungs- und Managementaufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) heran. Im Rahmen der Ausbildung lernen sie die EZ aus unterschiedlichen Perspektiven kennen (deutsche EZ, multilaterale Perspektive, Formen programmorientierter technischer oder finanzieller Zusammenarbeit in Partnerländern). Die Absolventinnen und Absolventen dieses Programms sollen dazu befähigt werden, Fach- und Führungspositionen in deutschen und internationalen Organisationen der EZ zu übernehmen. Es werden jährlich 20 Trainees ausgebildet.

Im Rahmen des 2010 eingerichteten German Trainee Programme (GTP) der Bundesregierung lernen und arbeiten jährlich rund zwanzig Stipendiatinnen und Stipendiaten bei der Europäischen Weltraumorganisation (ESA). Das Programm wird durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) umgesetzt. Die Finanzierung mit einem Volumen von rund 600.000 Euro im Jahr 2015 und 640.000 Euro im Jahr 2016 erfolgt aus dem Bundeshaushalt über das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

D. Netzwerkinstrumente der internationalen Personalpolitik

1. Konferenz für deutsche Beschäftigte internationaler Organisationen und europäischer Institutionen

An den auch im Berichtszeitraum jährlich vom Auswärtigen Amt in Kooperation mit dem Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO), dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und dem Verband deutscher Bediensteter bei internationalen Organisationen (VDBIO) organisierten Konferenzen für deutsche Beschäftigte internationaler Organisationen und europäischer Institutionen („IO-Mitarbeiterkonferenz“) nahmen jeweils rund 300 deutsche Beschäftigte bei internationalen Organisationen teil. Unter Einbeziehung aller Bundesministerien, anderer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sowie von Wirtschaftsverbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen bietet das zweitägige, dichte Programm neben Netzwerkbildung und -pflege die Möglichkeit zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch untereinander und mit der Bundesregierung. In Einzelforen gibt es Gelegenheit zu fachspezifischen Diskussionen. Die Rückmeldungen der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer sind immer wieder äußerst positiv. Die elfte IO-Mitarbeiterkonferenz findet am 6./7. Juli 2017 im Auswärtigen Amt statt.

2. Treffen hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen

Die Tradition der jährlichen Einladung jeweils ca. zwölf hochrangiger Deutscher, die Leitungs- bzw. Direktorenposten in internationalen Organisationen bekleiden, wurde im Berichtszeitraum weiter fortentwickelt. Das Programm wurde 2016 erstmals auf einen thematischen Schwerpunkt (Agenda 2030) hin ausgerichtet und auf zwei Tage ausgedehnt. Die Zusammensetzung der Gruppe der Direktorinnen und Direktoren spiegelte die thematische Breite der Agenda 2030 wider – mit Vertretern des VN-Systems, von Fachorganisationen wie der internationalen Organisation für Migration (IOM) und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), von der afrikanischen Entwicklungsbank und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Gruppe diskutierte mit Staatssekretärinnen und Staatssekretären aus mehreren Bundesressorts und dem Bundeskanzleramt sowie mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und tauschte sich mit Experten aus Bundesregierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen aus.

Aus Sicht der Bundesregierung ist die Direktorenreise ein Erfolgsmodell gelungener Vernetzung und ein Weg, die viel beklagten Silos (auch zwischen und innerhalb der internationalen Organisationen) zu durchbrechen, über Sektorengrenzen hinweg miteinander ins Gespräch zu kommen und für die Bundesregierung wichtige Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in den internationalen Organisationen kennenzulernen und sich mit ihnen effektiv zu vernetzen. Die jeweilige Festlegung auf einen thematischen Fokus hat sich bewährt: 2017 wird die Reise das Thema „Internationale Migrationspolitik“ in den Mittelpunkt stellen.

2015 und 2016 fanden im Rahmen des Programms „Europapolitische Gespräche“ zudem vier zweitägige Reisen deutscher EU-Beamter nach Berlin statt. Das Programm umfasste Gespräche im Deutschen Bundestag, im Bundeskanzleramt, und in verschiedenen Bundesministerien. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgte nach Themengebieten und Funktion. Themen waren die Digitalunion, Migration und Terrorismusbekämpfung.

Die hochrangige Wahrnehmung dieser Besuchsgruppen aus internationalen Organisationen und der EU durch die Bundesregierung sowie durch Abgeordnete des Deutschen Bundestags trägt wesentlich zum Erfolg und zum Ansehen der Programme bei.

3. Weitere Netzwerkinstrumente

Auf große Resonanz bei deutschen Beschäftigten internationaler Organisationen stößt der seit 2007 von der Koordinatorin für Internationale Personalpolitik herausgegebene Newsletter, der etwa zweimal jährlich erscheint und derzeit ca. 1.700 Interessierte erreicht. Zudem versendet das Auswärtige Amt regelmäßig den elektronischen Newsletter „Eine Karriere in Europa“ mit aktuellen Informationen zu EU-Auswahlverfahren, Vorbereitungsmaßnahmen und Einstiegsmöglichkeiten für EU-Laureaten für einen Empfängerkreis von derzeit ca. 12.000 Personen, darunter auch Multiplikatoren wie Alumni-Netzwerke, politische Stiftungen, DAAD, Stiftung Mercator u. a.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Kontakten und Veranstaltungen aus dem Ressortkreis für einzelne internationale Organisationen: So führen u. a. AA, BMWi, BMI, BMJV, BMF, BMAS, BMEL, BMVg, BMFSFJ, BMG, BMBF und BMZ einen regelmäßigen Meinungs- und Informationsaustausch mit deutschen Beschäftigten bei internationalen Organisationen durch. Sie informieren dabei über wesentliche fachpolitische Entwicklungen und Interessenlagen der Bundesregierung und stehen gleichzeitig als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Ständigen Vertretungen bei den verschiedenen internationalen Organisationen und der Europäischen Union engagieren sich aktiv in der Netzwerkpflege vor Ort. Die Ständige Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel etwa pflegt verschiedene Netzwerke mit EU-Beamtinnen und -Beamte über alle Hierarchiestufen. Für Deutsche, die nach einigen Jahren Berufserfahrung eine Managementkarriere anstreben, bietet die Ständige Vertretung individuelle Beratung an und vernetzt sie mit bereits erfolgreichen Teilnehmern der Assessment Center der EU-Institutionen für zukünftige Manager. Zur Stärkung des Anteils von Frauen in Führungspositionen unterstützt die Ständige Vertretung bei der Europäischen Union ein sehr aktives Netzwerk von Frauen in Managementpositionen in den EU-Institutionen. Die so geschaffene Grundlage für eine systematische Vernetzung von Frauen mit Führungsverantwortung hilft den Teilnehmerinnen auch nach dem ersten Einstieg in verantwortliche Positionen bei der Bewerbung auf höherrangige Stellen.

Die Ständige Vertretung bei den internationalen Organisationen in Rom hat im September 2016 eine Konferenz für deutsche Beschäftige internationaler Organisationen zum Thema Klimawandel und Ernährungssicherheit durchgeführt. Die Idee thematisch fokussierter Netzwerkveranstaltungen war im Rahmen eines Workshops bei der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen von einer Gruppe deutscher Botschafterinnen und Botschafter erarbeitet worden. Ziel ist der Aufbau effektiver Netzwerke über einen institutionenübergreifenden Fachdialog und den Austausch zu deutschen Positionen in zentralen internationalen Politikfeldern. Insgesamt nahmen neben den Vertreterinnen und Vertretern der Ständigen Vertretung und des Auswärtigen Amts 26 deutsche Beschäftigte internationaler Organisationen der Standorte Rom, Frascati (ESA), Genf (WMO, UNECE), Paris (UNESCO, UNEP) und Bonn (UNFCCC) teil. Die eintägige Konferenz mit interaktiven Formaten war von intensivem Austausch geprägt. Die Resonanz zu dieser Pilotveranstaltung war durchweg positiv.

Im Mai 2017 plant die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York eine Konferenz für VN-Deutsche zum Thema deutsche VN-Politik zur Umsetzung der Agenda 2030.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Entsendung von Beschäftigten in Bundes- und Landesbehörden in internationale Organisationen

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die Zahlen der im Berichtszeitraum an internationale Organisationen entsandten Beschäftigten aus den Bundesressorts bzw. den Bundesländern. Gezählt wurden Entsendungen von einer Dauer von mindestens zwölf Monaten. Kürzere Einsätze finden ebenfalls statt, sind in der Übersicht aber nicht erfasst.

Entsendungen von Beschäftigten der Bundesressorts (inkl. nachgeordneter Bereich) im Berichtszeitraum:

AA		29
BMI (inkl. nachgeordneter Bereich und Polizeien der Länder)		283
BMJV		12
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		15
BMF		42
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		28
BMWi		22
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		21
BGR:	2	
BAFA:	1	
BKartA:	8	
BNetzA:	10	
BMAS		10
BMEL		6
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		9
BMVg		269
BMFSFJ		1
BMG		5
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		10
BMVI		8
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		40
BMUB		10
Unmittelbar nachgeordneter Bereich		6
Bundesamt für Strahlenschutz	2	
Umweltbundesamt	4	
BMBF		21
BMZ		18

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Entsendungen von Beschäftigten der Landesbehörden im Berichtszeitraum:

Baden-Württemberg	29
Bayern	37
Berlin	16
Brandenburg	4
Bremen	1
Hamburg	13
Hessen	8
Mecklenburg-Vorpommern	1
Niedersachsen	29
Nordrhein-Westfalen	52
Rheinland-Pfalz	2
Saarland	0
Sachsen	6
Sachsen-Anhalt	1
Schleswig-Holstein	3
Thüringen	0

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Übersicht über hochrangige Deutsche in ausgewählten internationalen Organisationen und europäischen Institutionen

(nur jeweils die obersten zwei Ebenen einer Organisation wurden berücksichtigt)

Organisation	Name	Titel	Vorname	Position
Abkommen zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen (EUROBATS)	Streit		Andreas	Exekutivsekretär
Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN-OCHA)	Müller		Ursula	Beigeordnete Generalsekretärin
Antarktisvertrag	Reinke	Dr.	Manfred	Exekutivsekretär
Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB)	von Amsberg		Joachim	Vizepräsident (Bereich Strategie und Politik)
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)	Link		Michael	Direktor
Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis (ISL)	Czirwitzky	Dr.	Thomas	Direktor
Donaukommission	Stemmer		Alexander F.	Stellvertretender Generalsekretär Bereich Verwaltung und Finanzen
Entwicklungsbank des Europarats (CEB)	Wenzel	Dr.	Rolf	Gouverneur
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	Steiner		Achim	Administrator (=Leiter)
Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (OBS)	Nikoltchev	Dr.	Susanne	Geschäftsführende Direktorin
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)	Hölscher	Prof. Dr.	Luise	Vizepräsidentin und Verwaltungsleiterin
Europäische Investitionsbank (EIB)	Hoyer	Dr.	Werner	Präsident
Europäische Kommission	Oettinger		Günther	Kommissar Haushalt und Personal
Europäische Kommission	Ruete		Matthias	Generaldirektor Inneres
Europäische Kommission	Laitenberger		Johannes	Generaldirektor Wettbewerb
Europäische Kommission	Fink-Hooijer		Florika	Generaldirektorin Dolmetschen
Europäische Kommission	Kraff		Manfred	Generaldirektor Interner Audit-Dienst
Europäische Kommission	Strohmeier		Rudolf	Generaldirektor Amt für Veröffentlichungen (interinstitutionell)
Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO)	Kaufer	Dr.	Andreas	Direktor für Betrieb
Europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	Kaiser	Dr.	Clemens	Direktor Programmentwicklung

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Organisation	Name	Titel	Vorname	Position
Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)	Elsen	Prof. Dr.	Eckhard	Direktor für Forschung und Datenverarbeitung
Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL)	Brenner		Frank	Generaldirektor
Europäische Synchrotronstrahlungsanlage (ESRF)	Reichert	Prof. Dr.	Harald	Direktor für physikalische Forschung
Europäische Weltraumorganisation (ESA)	Wörner	Prof. Dr.	Johann-Dietrich	Generaldirektor
Europäische Weltraumorganisation (ESA)	Densing	Dr.	Rolf	Direktor für Missionsbetrieb und Leiter des Raumfahrtkontrollzentrums (ESOC), Darmstadt
Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)	Schmid		Helga	Generalsekretärin
Europäischer Gerichtshof (EuGH)	von Danwitz	Prof.Dr. Dr. h.c.	Thomas	Kammerpräsident
Europäischer Gerichtshof (EuGH)	Kokott	Prof. Dr.	Juliane	Generalanwältin
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	Nußberger	Prof. Dr.	Angelika	Vizepräsidentin
Europäischer Rechnungshof (ERH)	Lehne		Klaus-Heiner	Präsident
Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)	Regling		Klaus	Geschäftsführender Direktor
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL)	Hentze	Prof.	Matthias	Direktor
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL)	Scherf		Christian	Verwaltungsdirektor
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL)	Schumacher	Dr.	Silke	Direktorin für Internationale Beziehungen
Europäisches Parlament	Welle		Klaus	Generalsekretär
Europäisches Patentamt (EPO)	Lutz		Raimund	Vizepräsident Generaldirektion Recht/Internationale Angelegenheiten
Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage	Pappenberger	Dr.	Florian	Direktor Vorhersage
Gemeinsame Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR-EA)	Wohlleben		Otfried	Stellvertretender Direktor
Gemeinsames Wattenmeersekretariat (CWSS).	Strempel		Rüdiger	Sekretär
Generalsekretariat des Rats der Europäischen Union	Pillath		Carsten	Generaldirektor Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit
Helsinki-Kommission (HELCOM)	Wenning		Marianne	Vorsitzende

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Organisation	Name	Titel	Vorname	Position
Independent Evaluation Group der Weltbank (WB)	Heider		Caroline	Generaldirektorin
Institut Max von Laue – Paul Langevin (ILL)	Schober	Prof. Dr.	Helmut	Direktor
International Civil Service Commission des VN-Sekretariats (ICSC)	Pawlik		Regina	Exekutivsekretär
Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol)	Stock	Dr.	Jürgen	Generalsekretär
Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV)	Christmann	Prof.Dr.	Monika	Präsidentin
Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS)	Breuer	Dr.	Joachim	Präsident
Internationaler Rat für Meeresforschung (ICES)	Hammer	Prof. Dr.	Cornelius	Präsident
Internationaler Seegerichtshof (ISGH)	Wolfrum	Prof. Dr.	Rüdiger	Richter
Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)	Schmitt	Prof. Dr.	Bertram	Richter
Internationaler Suchdienst (ITS)	Hohenberg		Floriane	Direktorin
Internationales Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien/Mechanismus für Internationale Strafgerichte	Flügge		Christoph	Richter
Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR)	Dübner		Walter	Vizepräsident
Kosovo-Sondergericht	Ambos	Prof. Dr. Dr. h.c.	Kai	Richter
Kosovo-Sondergericht	Barthe	Dr.	Christoph	Richter
Kosovo-Sondergericht	Bohlander	Prof. Dr.	Michael	Richter
Kosovo-Sondergericht	Laker	Dr.	Thomas	Richter
NATO-Agentur für ‚Entwicklung, Produktion und logistische Betreuung der Waffensysteme EF 2000 und Tornado (NETMA)	Schmidt		Peter	Stellvertretender Generaldirektor
NATO-Agentur für Kommunikation und Information (NCIA)	Daum	Dr.	Thomas	Chef des Stabes
Office of Administration of Justice (OAJ) der Vereinten Nationen	Laker		Thomas	Richter
Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)	Worbs	Dr.	Michael	Vorsitzender des Exekutivrats
Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL)	Kobler		Martin	Missionsleiter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Organisation	Name	Titel	Vorname	Position
Weltbank (WB)	Walliser	Dr.	Jan	Vizepräsident
Weltbank (WB)	Schäfer	Dr.	Hartwig	Vizepräsident
Weltbank (WB)	Lankes	Dr.	Hans-Peter	Vizepräsident
Welthandelsorganisation (WTO)	Brauner	Dr.	Karl	Stellvertretender Generalsekretär
Weltorganisation für Meteorologie (WMO)	Cullmann	Dr	Johannes	Direktor Klima und Wasser
Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR)	Jackob	Dr.	Peter	Stellvertretender Vorsitzender

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ABEO	Advisory Board on Education and Outreach
ADG	Assistant Director General
ASG	Assistant Secretary General
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG IPM	Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen
AIIB	Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank
AMDC	Air and Missile Defence Committee
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BFIO	Büro Führungskräfte zu internationalen Organisationen
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BKartA	Bundeskartellamt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNetzA	Bundesnetzagentur
CEB	Entwicklungsbank des Europarats
CERN	Europäische Organisation für Kernforschung
CSP	Carlo-Schmid-Programm

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DASG	Deputy Asssistant Secretary General
DDG	Deputy Director General
DLR	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EBD	Europäische Bewegung Deutschlands
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECDC	Europäisches Zentrum zur Krankheitsvorbeugung und -kontrolle
ECE	Wirtschaftskommission für Europa
EDQM	Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EIOPA	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
EMBL	Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie
ENISA	Europäische Netzwerk und Informationssicherheitsagentur
EPSO	Europäische Amt für Personalauswahl
ERH	Europäischer Rechnungshof
ESA	Europäische Weltraumorganisation
ESFS	Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
ESO	Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken
ESRF	Europäische Synchrotronstrahlungsanlage
EU	Europäische Union
EUCAP SAHEL	Zivile Mission der EU in Niger
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

EU-KOM	Europäische Kommission
EULEX Kosovo	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
EUMETSAT	Europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten
EUMS	Militärstab der Europäischen Union
EUPOL Afghanistan	Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan
EUROCONTROL	Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt
EUROFOUND	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
EZB	Europäische Zentralbank
EZMW	Europäische Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FRONTEX	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
GASP	Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
GD	Generaldirektor
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GPPT	German Police Project Team
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GTP	German Trainee Programme
HELCOM	Baltic Marine Environment Protection Commission (Helsinki-Kommission)
HFR	Höchstflussreaktor
IAEA/IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
ICES	Internationaler Rat für Meeresforschung
ICSC	International Civil Service Commission
IFC	International Finance Corporation
IHE	Integrating the Healthcare Enterprise
IIEP	Internationales Institut für Bildungs-Planung
ILL	Institut Max von Laue - Paul Langevin
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IMS	Internationaler Militärstab

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IO	Internationale Organisation
IOM	Internationale Organisation für Migration
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IS	Internationaler Stab
ISGH	Internationaler Seegerichtshof
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IVSS	Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit
IWF	Internationaler Währungsfonds
JPO	Junior Professional Officer
NAGSMA	NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency
NAHEMA	NATO Helicopter Design and Development Production and Logistics Management Agency
NAPMA	NATO Airborne Early Warning & Control Programme Management Agency
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NETMA	NATO Eurofighter and Tornado Development, Production & Logistics Management Agency
NGOs	Non Governmental Organizations
NQ	Non-Quota
NSPA	NATO Support and Procurement Agency
OCCAR-EA	Gemeinsame Organisation für Rüstungskooperation
OCHA	Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODIHR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OTIF	Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr
OVCW	Organisation für das Verbot chemischer Waffen
SAB	Wissenschaftlicher Beirat der Vereinten Nationen
SRB	Single Resolution Board
SRM	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus
UÇK	Befreiungsarmee des Kosovo
UIL	Institut für Lebenslanges Lernen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

UNECE	Wirtschaftskommission für Europa
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIDROIT	Instrument für die Vereinigung des Privatrechts
UNSCEAR	Wissenschaftliche Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen atomarer Strahlung
UNSMIL	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen
UNSOM	Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia
UNWTO	Weltorganisation für Tourismus
VDBIO	Verband deutscher Beschäftigter bei Internationalen Organisationen
VN	Vereinte Nationen
WB	Weltbank
WBG	Weltbankgruppe
WFP	Welternährungsprogramm
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum
WMO	Weltorganisation für Meteorologie
WTO	Welthandelsorganisation
WWAP	Wasser-Bewertungsprogramm der Vereinten Nationen
YPP	Young Professionals Programme
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.